

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2... Goldmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten'...

Telegraphen-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 23. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Die Initiative der Volkspartei.

Neue Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Heute wieder Verhandlungen! Wie wir schon im größten Teil der Abendausgabe meldeten, hat die Deutsche Volkspartei die Initiative ergriffen...

Die neuen Verhandlungen könnten ein Zeichen von Stärke und Selbstbewußtsein der Mittelparteien sein...

Die Deutsche Volkspartei hat die Einladungen zu den Verhandlungen ergehen lassen. Ueber die Vorgeschichte dieser Einladung zeigen die Berichte eine bemerkenswerte Differenz...

Von dem gemeinsamen außenpolitischen Programm der Mittelparteien ist nun sehr viel geredet worden. Seine Veröffentlichung wird abermals in Aussicht gestellt...

Die Deutschnationalen haben die sehr kurze Pause zwischen dem ersten und dem zweiten Akt der Verhandlungen ausgefüllt...

mit Besprechungen mit den Völkischen. Darüber berichtet die 'Deutsche Zeitung':

Wir können demgegenüber feststellen, daß in den Verhandlungen zwischen den rechten Parteien keine Meinungsverschiedenheiten aufgeleuchtet sind...

Die Deutschnationalen, die von der Volkspartei als 'staatsbeherrschende Partei' reklamiert werden, führen nach der einen Seite Verhandlungen über ihre Beteiligung an einer verfassungsmäßigen Regierung...

Die 'Frankfurter Zeitung' beklagt sich in ihrem Abendblatt von gestern sehr bitter über die mangelnde Initiative und die mangelnde Festigkeit der Mittelparteien:

All das ist im Grunde recht möglich, aber noch mehr als das, es ist gefährlich. Denn ohne daß die Regierung und die Mitte die Führung, die sie sich nehmen liegen, wieder an sich reißen...

Heute muß sich erweisen, ob die Mittelparteien die Forderungen aus dem Ernst der Lage ziehen, ob sie instande sind, die geforderte Festigkeit zu zeigen...

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Montag, 26. Mai, vormittags 10 Uhr, im Reichstag zu ihrer ersten Fraktionsfrühung zusammen.

große Artilleriekaserne für ein Artillerieregiment mit zehn Batterien zu bauen.

Vor allem muß festgestellt werden, daß den französischen Forderungen jede rechtliche Grundlage fehlt. Düsseldorf gehört zu dem sogenannten Sanktionsgebiet...

Wenn jetzt gerade auf dem Kasernenbau in Düsseldorf bestanden wird, so berührt das besonders eigenartig, weil wir so viel von der Unschicklichkeit der Besetzung in den widerrechtlich besetzten Gebieten hören und lesen...

Sind das die Schlüsselergebnisse, die die Militärbesetzer aus dem Dawes-Gutachten ziehen wollen? Glauben sie mit derartigen Eingriffen in die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse den Zwecken zu dienen...

Heeresverminderung in der Tschechoslowakei. Die Regierung hat ein neues Wehrgesetz eingebracht, das die Heeresstärke von 150 000 auf 120 000 Mann und ob 1930 jährlich um weitere 4000 Mann herabsetzt.

Zwei Helden.

Ludendorff und Ehrhardt.

In den Massen der Menschen steht das Bedürfnis, sich Helden zu schaffen und sie zu verehren. Auch der stärkste Radikalismus schüßt dagegen nicht, wie die an die Pharaonenzeit erinnernden Moskauer Feiertlichkeiten beim Tode Lenins zeigen...

Unsere deutschvölkischen und deutschnationalen Heldenverehrer sind nachsichtiger. Legten sie an ihre Helden das bisher übliche Maß von Anforderungen an, so würden sie in ihren Reihen wahrscheinlich keine finden...

General Hoffmann hat sich ein Interview mit einem Sozialdemokraten geliefert. Er ist krankhaft ehrgeizig, steht ganz unter dem Einfluß seiner jüdischen Frau, geborene Siem, hat bei einem Sektgelage im Januar einen Schlaganfall gehabt...

Ich bitte also scharf Stellung zu nehmen. Trotz seiner Kriegsverdienste wirkt jetzt H. als Schädling, der in echt jüdischer Weise vaterländische Werte zerstört.

Ich bitte, aus sich heraus zu schreiben, nicht meine Anregung zu erwähnen.

Untrue, Lüge, Feigheit vereinigen sich in diesem Schreiben zu einem widerlichen Biß. Gegen General Hoffmann muß trotz seiner Kriegsverdienste in der Öffentlichkeit scharf Stellung genommen werden...

Bürgermeisterwahl in Berlin.

Der Bürgerblock-Kandidat gewählt, der Sozialdemokrat unterlegen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung wählte gestern mit 105 Stimmen den deutschvölkischparteilichen Bezirksbürgermeister Scholz (Charlottenburg) zum zweiten Bürgermeister von Berlin als Nachfolger des verstorbenen Genossen Ritter.

Die Demokraten und die Völkisch-Deutschnationalen stimmten gemeinsam für den Bürgerblockkandidaten, während die Kommunisten sich tapfer der Stimme enthielten. So zeigt sich das Bild, daß derselbe Bürgerblock, dessen Zustandekommen im Reich noch einige Schwierigkeiten bereitet...

Dasselbe Bürgerum, das so rücksichtslos seine winzige Mehrheit aus Antisemiten und Demokraten ausnutzt, sandte Reichswehr nach Sachsen und Thüringen, weil dort die sozialistische Mehrheit das Unrecht gutzumachen suchte...

Besetzung und Wirtschaftsfrieden.

Äußerungen des Ministers Goelle.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete Goelle erklärte in einer Unterredung über die neuesten französischen Maßnahmen in Düsseldorf u. a.:

Die sogenannten französischen 'Strafmaßnahmen' in Düsseldorf sind erfolgt, weil die Stadtverwaltung in Düsseldorf einfach nicht das Geld hat, die von den Franzosen geforderte

grenzenlos gemeinen Anwürfe stammen. Das Verhalten Ludendorffs kann nur durch die Worte des Staatsanwaltes im Prozeß Waldeck charakterisiert werden: „Ein Rubenstaud, erfonnen, um einen Mann zu verderben.“ In den Augen aller anständigen Menschen ist der, der es verübt hat, für alle Zeiten gerichtet. Unsere völkischen Männer und Frauen würden heute sicherlich Ohm, Goedsche und Bierfig in den Himmel heben, da alle drei nicht mehr leben, halten sie sich an Ludendorff. Wir gönnen diesen seinen Anbetern und den Erneuerern Deutschlands ihren Helden.

Und nun zu Ehrhardt. Es fällt uns selbstverständlich nicht ein, seinen Charakter dafür zu entstellen zu halten, weil er in einem Zeitpunkt größten innerdeutschen Wirrwares und außenpolitischen Druckes einen Putz unternommen hat, der Deutschland dicht an den Rand des Abgrundes brachte. Er hat bei dieser durch seinen Mangel an politischer Einsicht genügend erklärten Schilderhebung die eigene Haut zu Markte getragen und nicht nach Ludendorffischem Beispiel aus dem Hinterhalt gefeuert. Seine Tat war gemeingefährlich und machte seine Einschließung erforderlich; aber sie war nicht ehrlos. Anders steht es mit seinem Verhalten gegen die Prinzessin Hohenlohe. Die Prinzessin Hohenlohe hatte Ehrhardt alles gegeben, was eine Frau einem Manne geben kann. Der Dank des Edlen bestand darin, daß er auf ihr Gewissen eine ungeheure Last getürmt und sie auch noch ihre Freiheit hat verlieren lassen. Ehrhardt suchte sich befänglich der Verhaftung wegen Landesverrats durch Annahme eines falschen Namens Eichmann zu entziehen. Der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht hatte erfahren, daß der Prinzessin Hohenlohe der Aufenthaltsort Ehrhardts bekannt sei. Er lud sie als Zeugin vor. Und nun bestimmte Ehrhardt das willensschwache und nicht übermäßig urteilsfähige Mädchen dazu, unter dem Zeugeneide zu bekunden, daß sie ihn nicht kenne! Der treudeutsche Ehrenmann machte ihr weis, daß sie damit die Pflicht zur Aussage der Wahrheit nicht verletzen würde, denn da er den Namen Ehrhardt durch einen anderen ersetzt habe, sei Ehrhardt tot. Witherin dürfe sie erklären, daß sie ihn nicht kenne oder doch nicht wisse, wo er sei. Die Hohenlohe folgte dem gefährlichen Rat.

Ehrhardt verstand es, sich durch die Flucht aus dem Gefängnis, in das er als Untersuchungsgefangener gesteckt wurde, vor Strafe zu retten, das von ihm doppelt verführte Mädchen überließ er ihrem Schicksal. Sie mußte ihr Verbrechen mit einer Freiheitsstrafe sühnen.

Ehrhardt aber ist der Abgott der Deutschnationalen geblieben. Dieselben Männer, die Jahrzehnte hindurch der Sozialdemokratie den schamlosen Vorwurf gemacht haben, daß sie ihre Anhänger zum Nutzen der Partei einen Meißel zu leisten zwingen, stoßen sich nicht daran, daß dieser nicht sich nicht gescheut hat, die Rechtsprechung durch einen von ihm veranfaßten Meißel auf Irrwege zu locken.

Nach und die anderen deutschnationalen Größen sind Freunde Ehrhardts geblieben und entziehen ihn der verdienten Bestrafung, die deutschnationale Jugend brüllt weiter das Ehrhardt-Lied, und wenn Ludendorff heute dem Manne feindselig gegenübersteht, zu dessen Begrüßung er sich am Tage des Rapp-Putzes in früher Morgenstunde am Brandenburger Tor eingefunden hatte, so hat das andere Gründe, als die von Ehrhardt bewiesene völlige Ehrlosigkeit.

Man erkennt die Menschen nicht bloß an ihren Früchten, sondern auch an ihren Helden!

Der deutschnationale Führer in Paris. Ein Ablenkungsversuch.

Die Mitteilung des Genossen Dr. Breitscheid, daß in Paris ein Sendling der Deutschnationalen herumlaufe, um für den Eintritt seiner Partei in die deutsche Regierung Stimmung zu machen, wird von der deutschnationalen Parteileitung abgelehnt. Wir glauben der deutschnationalen Parteileitung aufs Wort, daß jener Sendling

New Yorks 300-Jahr-Feier.

Große Festlichkeiten werden jetzt im Mai in Amerika begangen, um die Gründung von New York vor 300 Jahren würdig zu feiern. Ein „Wallonen-Hugenotten-Neu-Niederland-Komitee“ ist zu diesem Zwecke gebildet worden. Der Gouverneur von New York hat eine feierliche Proklamation aus diesem Anlaß veröffentlicht und in New York selbst wird im Battery-Park ein Denkmal eingeweiht werden, das der Provinzialrat des Hennegau zur Erinnerung an die ersten wallonischen Ansiedler gestiftet hat. Es ist also im wesentlichen eine Feier der hugenottischen Bewegung, die so viele Siedler aus der Alten Welt nach der Neuen gedrängt hat, und die Wallonen spielen deshalb eine solche Rolle, weil es 32 hauptsächlich wallonische Familien gewesen sein sollen, die im Mai des Jahres 1624 auf dem Schiff „Neu-Niederland“ an der Mündung des Hudsonflusses die Anker auswarfen und auf der Manhattan-Insel die ersten Holzbohlenhäuser errichteten. Aber die geschichtliche Wahrheit dieser wallonischen Niederlassung im Jahre 1624, an die fast alle New Yorker glauben, ist sehr zweifelhaft. Es fehlt jedes historische Zeugnis dafür, und die geschichtlich beglaubigte Ansiedlung der Holländer auf der Manhattan-Insel beginnt erst zwei Jahre später, 1626. Trotzdem feiert New York die 300. Wiederkehr des Jahres, in dem das künftige New York zum erstenmal aus vorgezeichnetem Dunkel aufsteigt. Eine Serie von Gedächtnismarken erscheint und eine neue Halb dollar-Münze wird geprägt, die auf der einen Seite das Schiff „Neu-Niederland“ und auf der anderen die Profile von Wilhelm dem Schweigensamen und dem Admiral Collaß zeigt. Nun haben freilich der Admiral noch Wilhelm von Nassau das geringste mit der Gründung von New-Amsterdam zu tun, wie die Siedlung damals benannt wurde, aber sie werden als hernarragende Gestalten der Hugenottenbewegung gefeiert, deren Kolonien in Amerika in der Frühgeschichte des Landes eine so große Rolle spielen. Ein Hugenotte war auch der Mann, der die „Neu-Niederland“ ausrüstete und dessen Name in der Inschrift des neuen Denkmals erscheint. Es war ein Härtner von Venen, Desse de Forest, ein Wallone, der für seine Glaubens- und Leidensgenossen eine sichere Unterkunft in einem fernen Lande suchte und die Hilfe der holländischen „Westindischen Gesellschaft“ erlangte.

Diese Wallonen, oder vielmehr die Holländer unter Peter Minuit, die 1626 kamen, waren nicht die ersten Besucher der Manhattan-Insel. 1524 hatte Verrazano den Fluß entdeckt, dem Hudson seinen Namen gab. Seit 1610 besuchten holländische Händler regelmäßig die Küsten der Insel und tauschten Messer und Glasperlen gegen die Biberfelle der Indianer aus. 1614 war das Schiff des Hollanders Adrian Block an der Manhattan-Insel gescheitert und er hatte sich hier ein neues Schiff gebaut, während er mit seiner Mannschaft in Hütten nicht weit von der Stelle lebte, wo heute Wall-Street ist. Die Geschichte New Yorks beginnt mit jenem berühmten Vertrag, den der Holländer Peter Minuit im Namen der Westindischen Gesellschaft mit den Indianern schloß und durch den die Rothhäute die Manhattan-Insel für Waren im Werte von etwa 80 Goldmark an die Gesellschaft abtraten. Minuit baute das Fort Amsterdam an der Stelle, wo heute das Zollgebäude am Broadway steht, und unter seiner Leitung erbauten die 200 An-

seinen offiziell abgestempelten Auftrag von ihr in der Tasche hat, wir haben aber um so mehr Grund anzunehmen, daß die Behauptung des Genossen Breitscheid vollkommen richtig ist.

Im übrigen hat der deutschnationale „Lokal-Anzeiger“ es gestern noch für selbstverständlich erklärt, daß die Deutschnationalen in London Fühlung genommen haben müßten, bevor sie Herrn v. Tirpitz für den Kanalarbeiten vorzuschlagen. Warum soll nicht für Paris recht sein, was für London billig ist?

Englisches Tirpitz-Echo.

London, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das englische Presse-echo zu den jüngsten politischen Vorgängen in Deutschland zeigt, daß die englische öffentliche Meinung Tirpitz großen Einfluß auf die deutsche Politik zuschreibt, die in seiner Kanalarbeit zum Ausdruck komme. Der Eindruck ist der denkbar ungünstigste. Unabhängig von der Stellung Tirpitz zum Sachverständigenplan wird er im Ausland allgemein als

das Symbol des kaiserlichen Deutschland

hingestellt und ihm die Hauptverantwortung für die imperialistische Außenpolitik der Weltkriegszeit zugeschrieben. Zum Kampf um die Annahme des Sachverständigenplanes äußert „Daily Telegraph“, es wäre der Höhepunkt des Wahnsinns, wenn Deutschland im Augenblick der Forderung der Ruhrpolitik und der Amnestie der Gefangenen durch Erneuerung des Reanagementes alle Ausichten auf eine Ausöhnung und Zusammenarbeit des gesamten Europas zerstören würde. Die öffentliche Meinung Amerikas würde einen solchen Rückfall niemals verzeihen. Deutschland würde damit jegliche Ausicht auf Kredit Englands und Amerikas verlieren. Das schmergeprüfte deutsche Volk müßte das begreifen, wenn die Nationalisten hierzu unfähig wären.

Völkische Pleite.

„Es ist nicht alles Gold was glänzt.“

München, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der nach dem Hitler-Putz zur „Großdeutschen Zeitung“ umgetaufte „Völkische Beobachter“, die älteste und größte der drei völkischen Zeitungen Münchens und das besondere Sprachrohr Hitlers, hat unerwartet sein Erscheinen aus Mangel an Betriebsmitteln eingestellt. In der am Mittwoch mittig erschienenen letzten Ausgabe heißt es bescheiden: „Die Verhältnisse zwingen uns, eine durchgreifende Neuordnung unseres gesamten Unternehmens vorzunehmen. Aus diesem Grunde wird die „Großdeutsche Zeitung“ von heute ab für einige Zeit nicht erscheinen.“

Abgesehen davon, daß durch diesen plötzlichen Zusammensturz die völkische Renommiererei über die große Auflage der „Großdeutschen Zeitung“ läge gestrichelt ist, wird dadurch auch die so viel gepriesene Einigkeit im völkischen Lager trefflich beleuchtet. Wäre diese Einigkeit wirklich vorhanden und wären sich die Dugende völkischer Führer in München nicht spinnenfäde, so wäre zur Verhütung des schlichten Einbruchs in der Öffentlichkeit eine Zusammenlegung der drei völkischen Blätter leicht möglich gewesen. Im übrigen ist es ein mehr als merkwürdiger Zufall, daß die letzte Nummer der „Großdeutschen Zeitung“ mit der ungewöhnlich großen Schlagzeile erschienen ist: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt.“

München, 22. Mai. (Eca.) Neben der „Großdeutschen Zeitung“ in München hat auch die „Lugsburger Tageszeitung“ ihr Erscheinen eingestellt. Die Völkischen besitzen nunmehr in Lugsburg keine Tageszeitung mehr.

Ludendorffs Werbelstraft.

München, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Auffallend war der starke Rückgang der völkischen Stimmen in Oberbayern bei der Reichstagswahl gegenüber der Landtagswahl vier Wochen zuvor. Daraus war nicht nur die geschickte Spychenkandidatur der Deutschnationalen in der Person des Herrn v. Tirpitz schuld, sondern, wie sich fast zahlenmäßig nachweisen läßt, vor allem Ludendorff selbst. Das „Bayerische Bauernblatt“ weist nämlich darauf hin, daß der völkische Stimmenrückgang überall besonders stark da gewesen ist, wo Ludendorff als Versammlungsredner für die Völkischen aufgetreten ist. Das trifft für Würzburg zu,

für Ingolstadt und vor allem auch für eine der Hochburgen der Völkischen, Rosenheim, wo Ludendorff zwei Tage vor der Wahl sprach. Sein schnoddriger, preußischer Offiziers-ton löste bei den bayerischen Bauern nicht die gewünschte Begeisterung, sondern offensichtliche Wut aus und zahlreiche Versammlungsteilnehmer ließen, wie das Blatt meldet, nach der Versammlung die Bemerkung fallen: „Was fällt denn dem ein, der? Kommandiert ja, als wenn wir seine Püper wären.“

Die Weisen von Zion.

Alle Lügen in neuem Kleide.

Es erregte seinerzeit Aufsehen, als die Heister der Mörder Rathenau gestanden, daß sie durch die antisemitische Schmähchrift „Die Weisen von Zion“ verbezt worden seien. Einer der Herausgeber dieser Schrift, der betagte Antisemit v. Hausen, hatte sich vor einiger Zeit vor Gericht wegen einiger besonders freiober Lügen des Machwerks zu verantworten. Er wurde zu einer lächerlichen Geldstrafe verurteilt. Es scheint, daß dieses Urteil den Drahtziehern des Antisemitismus neuen Mut eingeschloß hat. Der Hammerverlag hat jetzt ein Buch herausgegeben, betitelt „Die Zionistischen Protokolle“, das Programm der internationalen Geheimregierung, ein Neudruck der „Weisen von Zion“ unter verändertem Namen. In dem Vorwort, das, ebenso wie das Nachwort, von Theodor Fritsch verfaßt ist, behauptet dieser, daß „allen Ansichten nach der Inhalt der Protokolle auf dem 1. Zionistenkongreß vorgetragen sei“ und weiter, daß „die Gedanken des Buches durchaus im Rahmen der zionistischen Bestrebungen liegen“. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Behauptungen aufgelegter Schwindel sind. Um den Verbreitern aber Gelegenheit zu geben, sich vor Gericht zu verantworten, hat der Landessvorstand der Zionistischen Vereinigung gegen Fritsch, den Verfasser und Verbreiter dieses Buches, Strafanzeige erstattet.

Herr Fritsch mußte allerdings als neugeborener Abgeordneter die Aufhebung seiner Immunität beantragen, wenn es ihm gelüftete, den „Beweis“ zu versuchen, daß er nicht geschwindelt hat. Er wird sich hüten!

Vom Staatsgerichtshof.

Verurteilter Hochverrat: 1 Jahr 6 Monate Festung.

Celzig, 22. Mai. (M.W.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hatte sich heute der 21jährige Sekretär des Bundes der kommunistischen Jugend in Breslau, Richard Wondan, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Nach der Anklage war die Tätigkeit Wondans darauf gerichtet, die von der kommunistischen Partei beabsichtigte gewaltsame Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches entsprechend den Anweisungen der Zentrale vorzubereiten. Dem Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt, da er aus politischem Idealismus gehandelt habe. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Festungshaft und 100 Mark Geldstrafe. Drei Monate der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte zwei Jahre drei Monate Festungshaft beantragt.

Celzig, 22. Mai. (M.W.) Der Ingenieur Erich Tönjes aus München, der vom Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof wegen seiner Mitwirkung bei der Freisetzung des Kapitanleutnants Ehrhardt in Haft genommen worden war, ist heute auf Antrag seines Verteidigers hin wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Die Reichsregierung beabsichtigt, in den nächsten Tagen, voraussichtlich schon vor dem Zusammentritt des Reichstags, eine Erhöhung der Beamtenbesoldung eintreten zu lassen. Ueber ihr Ausmaß verläutet, daß die Bezüge der unteren Beamten ungefähr auf die Vorkriegeshöhe gebracht werden, während die der höheren ungefähr um 20 Prozent darunter bleiben sollen. Man hofft, die Kosten dieser Erhöhung, die angesichts der gesteigerten Lebensmittelpreise besonders für die unteren Beamten immer noch unzureichend bleibt, aus laufenden Mitteln decken zu können.

siedler von Neu-Amsterdam 30 Holzhäuser mit Dächern von Baumrinde. Die Ansiedler führten zunächst in dem fruchtbarsten, wildreichen Gebiet ein glückliches Leben, bis die Ansprüche der Westindischen Gesellschaft zu hart wurden und die Kämpfe gegen die Ausnutzung durch dieses Handelsinstitut einsetzten. Die amtliche Sprache der neuen Niederlassung war französisch, aber das Gemisch von Sprachen, das hier durcheinandertönte, war fast „babylonisch“. Wie das New York von heute war das alte Neu-Amsterdam eine Versammlungsstätte von Volk aus aller Herren Länder. Puritaner aus England, Waldenser aus Piemont vermischten sich hier mit schwedischen Siedlern und deutschen Lutheranern. Als 1664 der Herzog von York im Namen König Karls II. von England Anspruch auf die neue Gründung erhob, da ergab sich die Stadt der Flotte von vier Schiffen ohne Kampf, da man mit der Herrschaft der Westindischen Gesellschaft unzufrieden war. Ein Vertrag, der 1672 zwischen Holland und England geschlossen wurde, brachte dann Neu-Amsterdam endgültig bis 1783 unter englische Herrschaft. In den letzten Jahren des 17. Jahrhunderts war das heutige New York eine Hauptaufsuchtsstätte für Seeräuber aller Art, die erst nach schweren Kämpfen hinausgetrieben werden konnten. Dann kam bis zum Ausbruch des Unabhängigkeitskrieges eine Zeit ruhiger Entfaltung und freien Wahstums. Während des Krieges war New York, wie die Stadt seit 1665 hieß, den größten Teil der Zeit in den Händen der Engländer. In diesen Sturmjahren verlor es mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung, seinen ganzen Handel und wurde zweimal durch Feuersbrünste fast zerstört. Nach der Gründung der Republik der Vereinigten Staaten wurde New York fürs erste Jahr die Bundeshauptstadt. Hier wurde Washington zum Präsidenten gewählt und der erste Bundestag abgehalten. Damals hatte die Stadt 60 000 Einwohner. 70 Jahre später, zur Zeit des Bürgerkrieges, war die Bevölkerung auf 800 000 Seelen angewachsen und heute umfaßt die Stadt auf einer Fläche von etwa 500 Quadratkilometer gegen 6 Millionen Einwohner. 20 verschiedene Nationen lebten hier zur Zeit Peter Minuits zusammen, jetzt sind es 50. Noch immer ist New York die Stadt der Fremden, denn 2 Millionen der jetzigen Bevölkerung sind im Ausland geboren und 2 Millionen Kinder von Eltern, die aus der Fremde stammen.

Das gemeingefährliche Treiben der Wahrsager.

Ein Kriminalfall in Erfurt hat die Polizei in Erfurt dazu veranlaßt, energische Schritte gegen den Wahrsagerunfug zu unternehmen. Ende des vergangenen Jahres verschwand das dreijährige Schöndchen eines dortigen Eisenbahnbeamten spurlos. Die Mutter des Kindes befragte eine Reihe von Wahrsagerinnen nach dem Geschied der Verschwindenden. Im ganzen hat die geängstigte Frau ihr Glück bei sechs Wahrsagerinnen und Wahrsagern versucht. Die Aussagen dieser sechs Wahrsager lauteten übereinstimmend: Das Kind lebt! Für diese Betsagungen verlangten die Befragten natürlich erhebliche Summen. Das Tollste leistete die Wahrsagerin Schred. Die Mutter des Kindes mußte ein Hühnerrei mitbringen. Das Eiweiß wurde in ein mit Wasser gefülltes Glas gegossen. Am nächsten Tage sollte die Frau wiedertreten. Dann wurde ihr das Glas gezeigt; das Eiweiß hatte natürlich die Gestalt inagelchen verändert. Die Form des Eiweißes wurde nun von der Wahr-

lagerin der Mutter gedeutet. Die Wahrsagerin sah eine Villa mit Türmen; aus einem Fenster blickte ein Kind hinaus und winkte mit den Armen. Wäre das Kind tot, so meinte die Wahrsagerin, so würde man in dem Glase einen Grabhügel sehen. Nicht viel anders war der Hofspott der anderen Wahrsager und Wahrsagerinnen. Am 27. März d. J. wurde das vermißte Kind aus den Händen der Unirrut gezogen. Die Frau, die von den Wahrsagerinnen um ihren leeren Bissen betrogen worden ist, befand sich in einem Zustand, der an Wahnsinn grenzte, und die Polizei nahm sich des Falles an. Gegen die sämtlichen sechs Wahrsager und Wahrsagerinnen ist ein Strafverfahren wegen Betrug eingeleitet worden.

Dieser Fall gibt der Erfurter Polizei Gelegenheit, die Deffentlichkeit auf das schwindelhafte und schädliche, ja gemeingefährliche Treiben der Wahrsager aufmerksam zu machen, mögen sie auftreten, in welcher Form sie wollen: als Kartenleger, Chiramanien, Hrenologen, Astrologen, Graphologen oder unter anderen Bezeichnungen. Nicht nur, daß durch die hollösen und willkürlichen Zukunftsorakelungen bei Besuchern seelische Schädigungen eingetreten sind, nein, auch zu Selbstmorden haben diese Art von Betrügeren getrieben, solche Diebstahlsverdächtigungen u. a. in die Welt gesetzt, wirtschaftliche Verluste bis zur Existenzvernichtung herbeigeführt, Familien zerstört oder zerrüttet u. a. mehr. Ganz abgesehen davon, daß diese Betrüger ihre Besucher, die vielfach den weniger bemittelten Klassen angehören, finanziell schädigen.

Einsigne betreiben ihr Gewerbe unter dem Deckmantel der „Graphologie“ und besessen sich angeblich oder in der Hauptsache mit der Beurteilung von Handschriften auf Charakter und Fähigkeiten. Tatsächlich dient dies nur als Vorwand, um das dunkle Gewerbe ungehindert betreiben zu können. Aber auch ihre Handschriftenbeurteilungen sind völlig wertlos, da sie jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehren. Der Hang zum Okkulten, zum Magischen überhaupt bringt es mit sich, daß alle diese Wahrsager einen starken Zulauf aus allen Bevölkerungsschichten haben. Einzelne Wahrsagerinnen haben Sprechzimmer eingerichtet, die schon am Vormittag gefüllt sind. Sie verdienen mit ihrem Schwindel mehr als jeder ehrliche, anständige Arbeiter.

Gegen alle Erfurter Wahrsager wird strafrechtlich vorgegangen, nicht nur gegen die oben genannten, sondern sämtliche anderen, die in Erfurt tätig sind. Von Fall zu Fall wird man ihre Namen in der Zeitung veröffentlichen.

Die weitere Ausübung ihres „Gewerbes“ wird ihnen polizeilich unterloig werden. Die Polizei warnt ausdrücklich davor, sie weiterhin aufzusuchen, da von der Polizei eine scharfe Ueberwachung geübt und jeder Besuch namentlich festgestellt und als Zeuge vernommen werden wird, wenn nicht besondere Umstände sogar ein strafrechtliches Vorgehen gegen den Besucher selbst rechtfertigen.

Klempner geht nach Wiesbaden? Der bisherige Generalmusikdirektor der holländischen Bühnen in Köln, Otto Klempner, wird, wie Kölner Blätter melden, nunmehr nicht nach Berlin, sondern nach Wiesbaden gehen. Er soll von Intendanten, Dr. Karl Pogmann an das Theater nach Wiesbaden berufen sein und die Verpflichtung übernommen haben, sechs Monate jeder Spielzeit dem Institut zur Verfügung zu stehen. Falls sich dies Gewissheit bemachtigt, scheint Klempner auf dem besten Wege zu sein, eine mythische Figur zu werden. Er wird bei jeder Neuinsetzung in den Vordergrund gehoben und verschwindet dann ebenso schnell wieder.

Die Rechtsfrage im Bergbau.

Die vom Reichsarbeitsministerium berufenen juristischen Sachverständigen haben zu dem von ihnen erstatteten Gutachten eine Begründung gegeben. Aus dem Gutachten selbst wie aus der Begründung spricht die Absicht, vollste Objektivität zu wahren, die kühle Atmosphäre der rein juristischen Erwägung durch die Erregung des großen Kampfes nicht trüben zu lassen. Was stützig ist, das ist eine der schwierigsten Fragen des Arbeitsrechtes. Was war am 1. Mai die gültige Arbeitszeit?

Die Gutachter haben geantwortet: es war gültig die normale Arbeitszeit von sieben Stunden, gleichzeitig aber auch das Abkommen vom 29. November 1923, das eine Stunde Ueberarbeit vorsah. Das bedeutet, daß nach ihrem Urteil zwei Tarife nebeneinander rechtsgültig waren. Sie begründen diese Ansicht wie folgt:

Bei der Beantwortung der den Sachverständigen vorgelegten Frage ist ausgegangen von § 8 der Arbeitsordnung, welcher bestimmt: „Die Dauer der Arbeitszeit regelt sich nach dem jeweils geltenden, in Ermangelung eines solchen, nach dem zuletzt gültig gemessenen Tarifvertrag.“

Diese Bestimmung war am 1. Mai 1924 noch rechtswirksam. Es ist daher zu prüfen, ob das Abkommen vom 29. November 1923 „den zuletzt gültig gemessenen Tarifvertrag“ darstellt. Dieses Abkommen lautet in dem hier wesentlichen Punkte wörtlich wie folgt:

„Die Arbeitnehmer unter Tage werden im Anschluß an die regelmäßige Schicht Ueberarbeit leisten, daß die Gesamtdauer von Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn 8 Stunden beträgt.“

Bemerkt sei, daß die regelmäßige Schicht nach dem Manteltarif vom 1. August 1922 sieben Stunden beträgt. Aus dem Wortlaut der angeführten Bestimmung folgt daher, daß in dem Abkommen vom 29. November 1923 nicht die normale Arbeitszeit geändert, sondern nur Ueberarbeit geregelt werden sollte.

Indessen ist diese Regelung der Ueberarbeit ein selbständiger tariflicher Zusatz zum Manteltarif geworden, der nicht nur vorübergehende Bedeutung haben sollte. Dies folgt zunächst aus der auch von der Arbeitnehmerseite anerkannten Forderung der deutschen Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit, sowie der besonderen Belastung des Bergbaus, deren Dauer nicht abzusehen war. Es folgt weiter aus der in dem erwähnten Abkommen getroffenen Entgeltregelung, welche lediglich ein Entgelt im Betrage von $\frac{1}{2}$ der regelmäßigen siebenstündigen Schicht festsetzt, so daß die 8. Stunde nicht höher bezahlt wird, als die regelmäßigen sieben Stunden. Es folgt schließlich aus einem späteren Abkommen derselben Parteien vom 19. Dezember 1923, wonach statt des ursprünglich festbestimmten Endtermins vom 1. Mai 1924 nachträglich eine unbefristete Fortdauer über den 1. Mai 1924 mit vernallicher Kündigungsfrist vorgesehen worden ist. Bisher aber hiernach das Abkommen vom 29. November 1923 einen selbständigen tariflichen Zusatz zu dem Manteltarif vom 1. August 1922, so ist der zuletzt gültig gemessene Tarifvertrag der Manteltarif mit einem neuen selbständigen Zusatz, wonach eine Ueberstunde über die normale Arbeitszeit hinaus vereinbart wurde.

Die Gutachter gehen dabei von einer stillschweigend gemachten materiellen Voraussetzung aus: daß die Belastung des Bergbaus durch die Micum-Verträge die Ueberarbeit zur unvermeidlichen Notwendigkeit mache. Ist das aber der Fall? Die von uns veröffentlichte Berechnung der Selbstkosten zeigt, daß diese Voraussetzung nicht zutrifft. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Verlängerung der Micum-Verträge am 15. April unter der Perspektive der Rückstattung aus allgemeinen Mitteln erfolgte. Eine Fortsetzung der Ueberarbeit würde dann nicht mehr eine unvermeidliche Notwendigkeit, sondern vielmehr das Mittel sein, um den Zechenbesitzern einen Ueberprofit zu verschaffen. Die Sachverständigen, die Schlüsse aus dieser Voraussetzung gezogen

Warum singen die Vögel?

Die Forschung hat bisher den Gesang der Vögel als ein Mittel zum Zusammenlösen der Paare gedeutet. Das Männchen singt zunächst, um das Weibchen auf sich aufmerksam zu machen, dann aber auch, um die zahlreichen überzähligen Männchen davon zu benachrichtigen, daß dieser Platz bereits besetzt ist und im Notfall nach Kräften verteidigt wird. Da bei vielen Vögeln die Weibchen im Frühjahr etwas später eintreffen als die Männchen, so hat das laute Singen an einer weitbin sichtbaren Stelle auch noch den Zweck, sich dem Weibchen zu zeigen und zugleich das Brutrevier festzustellen.

In jüngster Zeit hat nun ein Forscher eine andere Deutung für die Ursache des Vogelgesanges gegeben, indem er ihn lediglich als einen „Ausdruck von heiliger Gemütsbewegung“ — also hervorgerufen durch psychische Reize — betrachtet, die zwar hauptsächlich durch die körperliche Beschaffenheit des Vogels zur Zeit der Fortpflanzung verursacht werde, sonst aber mit der Fortpflanzung in keiner Verbindung stehe. Dieser Annahme lassen sich aber, wie Christleit im „Journal für Ornithologie“ nachweist, verschiedene Einwände entgegenstellen. Wären es nämlich in der Tat nur Gemütsbewegungen, die den Vogel zum Singen veranlassen, so müßte er auch im Winter singen und wohl auch in Fällen unangenehmer Gemütsindrücke. Zudem müßten dann auch die Weibchen singen, da doch auch ihrem Leben heilige Reize nicht fehlen. Wäre die Annahme richtig, daß der Gesang des Vogels mit seiner Fortpflanzung in keinem Zusammenhang stehe, so läme gerade beim Vogel, dem stimmbegabtesten unter allen Tieren, der Gebrauch der Stimme zu dem Zweck, der selbst beim Amphibium und beim Insekt besteht, nämlich der Anlockung des Weibchens durch Lautäußerung, nicht in Betracht. Der Vogelgesang erfolgt übrigens immer fast ganz gleichzeitig mit dem Brutgeschäft und zwar so, daß er beim Beginn jeder neuen Brut wieder lebhaft einsetzt, während er im Herbst, wenn die Brutten aufgehört, verstummt. Man wird also wohl noch wie vor annehmen können, daß der Vogelgesang auf dem durch die Fortpflanzung bedingten Reiz beruht und ausschließlich ein Mittel zur Verständigung und Anlockung des Weibchens darstellt.

Die neue Lynchjustiz.

Die amerikanischen Wälder bemerken mit Vergnügen, daß Lynchmorde im vergangenen Jahre nur in neun Staaten vorgekommen sind und daß die Zahl dieser Verbrechen, nämlich 28, die niedrigste ist, die man bisher je beobachtet hat. Von den Opfern waren 26 Meger, darunter zwei Frauen. Die nächstniedrigste Zahl war 38 im Jahre 1917, die höchste, die bisher festgestell wurde, 253 im Jahre 1892. Damals fanden Lynchmorde noch in 33 Staaten statt. In die „Grenzlände“ der lynchfreien Staaten sind 1923 auch Südkarolina und Alabama aufgenommen worden, die zum erstenmal, seitdem eine Statistik über die Lynchmorde geführt wird, keine derartigen Verbrechen aufweisen.

Der Kampf um die Kurzschriftsysteme.

Durch Erlaß der Deutschen Reichsbahn vom 12. April 1924 ist das Kurzschriftsystem Gabelsberger für die Deutsche Reichsbahn zum Einheitsystem bestimmt worden. In einer im Landtag eingebrachten kleinen Anfrage erklärte die Abg. Ritzschel und Delze, daß dadurch das in Preußen vorherrschende System Stolze-Schrey zum Schicksal einer wirksamen Förderung der Kurzschrift benachteiligt werde. Es wird Ansuchen verlangt, ob das Staatsministerium zur Einwirkung auf die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn bereit sei, den Erlaß dahin abzuändern, daß für die Reichsbahn in Preußen Stolze-Schrey als Einheitsystem bis zur Einführung einer etwa noch kommenden Einheitschrift bestimmt wird.

haben, haben die Berechtigung und Haltbarkeit anscheinend nicht geprüft.

Der Schluß der Begründung des Sachverständigenutachtens zeigt, daß die Sachverständigen anscheinend nicht wollen, daß ihr Spruch in der Hand der einen oder der anderen Partei zu einer Waffe werden soll. Sie schließen:

„Immerhin war das Verhältnis der einzelnen Abkommen zu einander so wenig klar gestellt und auch die hieraus sich ergebende Rechtslage so schwer erkennbar, daß den Arbeitnehmern nicht die Meinung abgeprochen werden kann, daß nicht dieses Abkommen vom 29. November 1923 der zuletzt gültig gemessene Tarifvertrag gewesen sei, sondern der Manteltarif vom 1. August 1922, der eine Ueberstunde nicht vorgesehen hat. Diese Stellungnahme der Arbeitnehmer müßte zu ihren Gunsten in dem Sinne beurteilt werden, daß ihnen keinesfalls vorgeworfen werden darf, sie hätten, als sie sich auf den Manteltarif als den zuletzt gültig gemessenen Tarif beriefen, schuldhaft gegen ihre Vertragspflicht zur Leistung einer Ueberstunde verstoßen.“

Aber selbst, wenn man das Gutachten als Ganzes nimmt, wie ist das Verhalten der Arbeitgeber zu bewerten? Sie haben ohne Not die gesamte Kohlenförderung des Ruhrgebiets stillgelegt und damit eine katastrophale Gefahr für die Gesamtwirtschaft heraufbeschworen. Sie haben dies getan, obwohl nirgends die Betriebe unterbrochen, der normale Gang der Produktion gefährdet war. Ohne Rücksicht auf die Folgen, frei von jedem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber der Gesamtwirtschaft, haben sie die arbeitswilligen Bergarbeiter ausgesperrt. Sie haben dies getan, obwohl die Bergarbeiter erklärt haben, daß sie bereit sind, Ueberstunden zu leisten. Die einzige Bedingung war, daß diese Ueberstunden als solche gekennzeichnet, bewertet und befristet sind. Sonst sind es eben keine Ueberstunden, sondern gehören zur Normalarbeitszeit. Viele aber, das steht nunmehr nach dem Gutachten der Sachverständigen fest, beträgt im Bergbau unter Tage sieben Stunden.

Entschlossenheit der Bergarbeiter.

Bohum, 22. Mai. (IU.) Eine vom alten Bergarbeiterverband in den Fürstentum einberufene Versammlung, die von 4000 Bergleuten aller Richtungen besucht war, nahm Stellung zu der Kampflage im Ruhrbergbau. Der Bezirksleiter Deppe behandelte die Forderungen der Bergarbeiter: Siebenstundenschicht und angemessene Löhne. Er erklärte, wenn man die Siebenstundenschicht bei angemessener Lohnerhöhung von Seiten der Bergwerksbesitzer ablehne, so würde der Kampf fortgeführt werden. Man sei entschlossen, auszuhalten, koste es, was es wolle.

Der kommunistische Bezirksleiter Dillekamp forderte die Bergangehörigen auf, die Notstandsarbeiten einzustellen. Die Zechen müßten ans „Verkaufen“ kommen, sonst sei der Kampf ergebnislos geführt. Der Kampf sei ein durchaus politischer.

Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, in der die Stellungnahme und die Beschlüsse der Revokontoren gebilligt wurden. Der Versammlung war am Vormittag eine Konferenz der Funktionäre des alten Bergarbeiterverbandes aus dem Bezirk Bohum vorangegangen, in der eine Entschliessung angenommen wurde, in der es heißt, daß der Kampf für die Siebenstundenschicht unter Tage und für die Achtstundenschicht über Tage fortgeführt werde bis zum Weißbluten.

Die Partei und der Ruhekampf.

Anträge der preussischen Landtagsfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat zum Ruhekampf folgenden Antrag eingebracht, der schon in den allernächsten Tagen zur Besprechung gelangen dürfte:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. zur unverzüglichen Deckung der Staatsbedürfnisse im Ruhrrevier die notwendigen Mittel bereitzustellen,
2. den Kommunen im Ruhrrevier zur Unterstützung der unverschuldet in Not geratenen Bevölkerung der Bergreviere die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen,
3. auf die Reichsregierung aufs stärkste einzuwirken, damit der verheerende Wirtschaftskampf in den Bergrevieren im Verhandlungswege beigelegt wird.“

Gleichzeitig ist der Handelsminister gebeten worden, eine schleunige Sitzung des Staatsministeriums zu beantragen, in der über die Bereitstellung von Mitteln für die Deckung der Staatsbedürfnisse beschloffen werden soll. Der Innenminister wurde ersucht, im Sinne der Ziffer 2 des Antrages Mittel anzufordern, die den Kommunen im Ruhrrevier zur Unterstützung der unverschuldet in Not geratenen Bevölkerung der Bergreviere überwiesen werden sollen.

Die Parteien beim Staatskommissar.

Vor der Entscheidung.

Essen, 22. Mai. (W.B.) Zu der Blättermeldung, daß die beteiligten Organisationen des Ruhrbergbaues vom Reichskommissar Wehlich zu weiteren Verhandlungen am 23. Mai eingeladen worden seien, wird mitgeteilt, daß es sich dabei um das Anhören der Parteien handelt, da nach der Verordnung über das Schiedswesen die für die Entscheidung zuständige Stelle entweder selbst oder durch eine von ihr beauftragte Stelle die Parteien vor der Entscheidung zu hören hat.

Unternehmer und Angestellte.

Bohum, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bezeichnend für die Laffit der Zechenindustriellen, die Angestellten und Beamten mit sogenannten Notstandsarbeiten zu beschäftigen, ist folgender Vorfall: Auf der Zeche Centrum IV und V der Gesellschaft Adler wurden die Angestellten mit der Herstellung von Brilleis und mit Laden von Kohlen beschäftigt. Zunächst würden diese Arbeiten verrichtet, obwohl sie keine eigentlichen Notstandsarbeiten sind. Denn Brilleis und Kohlen wurden weiterverkauft, rund 15 Waggons verließen den Zechenplatz. Da sich der Arbeiterschaft darüber eine große Erregung bemächtigte, kam es, als die Arbeiter die Einstellung dieser Art von Notstandsarbeiten erzwingen wollten, zu einem großen Krawall auf dem Zechenplatz. Dabei gab es auf beiden Seiten, bei den Angestellten wie bei den Arbeitern, Schmeroverletzte. Nach diesem Vorkommnis weigerten sich die Angestellten, die Arbeiten weiter auszuführen. Daraufhin wurden vom Generaldirektor Putsch 17 Angestellte kurzweg entlassen. Der unglaubliche Vorfall wurde dem Reichskommissar Wehlich zur Schlichtung überwiesen.

Ein Schreiben der Micum an die Zechen.

Essen, 22. Mai. (IU.) Mehreren Zechen ist folgendes Schreiben der Micum zugegangen: Ihre Zeche liefert zurzeit nicht die für Mai vorgesehene Reparationsmenge. Der gegenwärtige Streik vermindert in nichts Ihre Verpflichtungen in dieser Hinsicht. Infolgedessen hat der Präsident der Micum entschieden, daß die Zeche von diesem Tage nicht mehr frei über ihre Lagermenge verfügen kann. Die Rots- und Kohlenlager, die

zurzeit auf den Zechenplätzen liegen, sowie diejenigen, die gebildet werden könnten, sind daher zugunsten der Micum bloßiert. Bis zur Wiederaufnahme der Förderung und der Reparationslieferungen dürfen von der Zeche keine Brennstoffe zum eigenen Gebrauch oder Verkauf entnommen werden, ohne unserer Ermächtigung. Außerdem sind Sie aufgefordert, die Reparationslieferungen wenigstens teilweise im Rahmen des Maiprogramms sicherzustellen, indem Sie die zurzeit bestehenden Lagerbestände auflösen. Im Falle der Nichtausführung durch Sie werden wir gezwungen sein, selbst zur Abfuhr dieser Lagermengen zu schreiten, indem wir auf Ihrer Zeche Arbeitsmannschaften einstellen.

Die Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter.

Bohum, 22. Mai. (W.B.) Der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter und der Verband der Bergarbeiter Deutschlands im Bezirk Bohum erlassen einen Aufruf an die Geschäftswelt und die Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Bohum, zwecks Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Sammlungen dieser Verbände mit den Sammellisten der Union und der A.D. nichts zu tun haben.

Frauent demonstrationen.

Bohum, 22. Mai. (W.B.) Wie wir bereits berichteten, versuchen fortgesetzt Frauen die Fortführung der Notstandsarbeiten auf den Zechen zu unterbinden. So drang eine große Schar Frauen in die Zeche Karl Friedrich ein und versuchten die Beamten zu verjagen und die Feuer in den Kesseln zu löschen. Den arbeitenden Männern wurden die Butterbrote weggenommen. Auf den Zechen Königsguthe und Köhlinghausen brangen 600 Frauen ein, um die Notstandsarbeiten zu verhindern. Polizei mußte eingesetzt werden, um die Ordnung wieder herzustellen. Auch in Minden-Dahlhausen zogen die Frauen in die Zechen, um ähnliches zu verhindern. Einige Beamte wurden verprügelt. In die Wohnung eines Steigers wurde eine Handgranate geworfen, die jedoch nur Sachschaden anrichtete.

Der Fall Semer.

Ungerechtfertigte Beschuldigungen.

Amlich wird mitgeteilt: Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht I hat das auf Grund der Strafanzeige des Herrn Franz Semer gegen den Ministerialdirektor Spieder eingeleitete Ermittlungsverfahren eingestellt, weil die von Semer erhobene Beschuldigung der versuchten Erpressung jeder Begründung entbehrt.

Damit endet der Zwischenfall, der im Anschluß an den Kampf um die Germania-Aktien entstanden war. Der rechte Flügel des Zentrums versuchte seinerzeit den maßgebenden Einfluß auf die politische Richtung der „Germania“ an sich zu reißen. Im Anschluß daran erhob Semer, der damalige Hauptaktionär der Germania, die oben erwähnten Beschuldigungen gegen seinen Parteigenossen Spieder, deren Glaubwürdigkeit schon damals lebhaft angezweifelt wurde.

Der Todesstrahl.

Soll England oder soll Frankreich ihn ausfinden können?

London, 22. Mai. (W.B.-Funkspruch.) Im Unterhaus wurde heute der Unterstaatssekretär im Luftministerium, Leach, gefragt, ob er wisse, daß ein französisches Syndikat sich gebildet habe, um die als Todesstrahl bekannte Erfindung des britischen Gelehrten Grindell Mathews zu erwerben, und ob er Schritte tun würde, um vom Standpunkt der Luftverteidigung aus das Patent für England zu sichern. Leach erwiderte, daß das Luftministerium mit Mathews in Verbindung stehe, daß es aber gegenwärtig nicht ratsam sei, eine eingehende Erklärung über die Frage abzugeben.

Es handelt sich hierbei um eine Strahlenart, die auf große Entfernung mechanische Wirkungen ausübt und z. B. Flugzeugmotoren außer Betrieb setzt. Die Bedeutung dieser Erfindung für die Landesverteidigung gegen Luftangriffe ist klar.

Herriot als Polemiker.

Er schlägt eine scharfe Klinge.

Paris, 22. Mai. (Eco.) Herriot äußert sich heute in einem Beisatz der „Information“ über die „Defaitisten des Franken“. Bei oder Vorhitz, die die augenblickliche Lage ihm auferlegt, will er doch mit den verschiedenen Alarmgerüchten aufräumen, die seit den Wahlen umgingen. Ja, schreibt er, wir haben gegen eine Wehrheit gekämpft, die die französische Nation anscheinend zur Revolte und Anarchie zu treiben versuchte. Ja, wir werden dem Mandat, das wir von der überwindenden Wehrheit des Volkes erhalten haben, treu gehorchen. Aber wir sind in größter Sorge um das Land.

Herriot wendet sich dann gegen einen Artikel des „Temps“: Der „Temps“ sagt uns an, wir wollten den Reichtum Frankreichs zerstören und die ganze Industrie ruinieren. Ich lese dieses blöde Geschwätz in demselben Augenblicke, in dem ich meine Rechnung über die Verwaltung von Lyon im letzten Jahre abschließe und zwar mit einem Ueberschuß von 10 Millionen bei einer Haushaltssumme von 90 Millionen! Radikale sind es, die den Kredit der Stadt Lyon zum ersten Kredit Frankreichs gemacht haben. Man unterrichte sich erst, ehe man uns angeht. Zu Ende des Krieges haben die Vereinigten Staaten unsere Unterschrift verlangt als Bestätigung der Unterschrift Frankreichs. Wenn die Wehrheit — nach dem „Temps“ — angeblich darangehe, überall Unruhe zu erwecken, so daß man keine Erparnisse mehr machen können, so fragt Herriot: Gibt es denn Erparnisse durch das Ermächtigungsgesetz?

Herriot bezeichnet die Behauptung des „Temps“, die neue Wehrheit werde das Geld für alle und neue Kanonpöle und für die soziale Versicherung verschwenden, als feierlichen Blödsinn; habe doch die alte Kammer nicht gerade sparfam gewirtschaftet! So täusche man das Volk.

Der Artikel schließt: Auch ihr Ausländer, denkt nach! Wir wollen natürlich die Interessen Frankreichs verteidigen und die Republik sichern. Aber

wir wollen jedem Volk sein Leben lassen, und wir wollen den Frieden!

Hört also nicht auf die Reaktionsäre, deren Politik uns geraden Wegs zum Kriege führt! Helft uns in unserem Kampf gegen die Verleumdung. Helft uns in unseren Bemühungen, Frankreich den Ruf seines Wohlwollens und Entgegenkommens wieder zu verschaffen. Wir schwören euch: Das, was Frankreich will, liegt nicht in den Artikeln, aus denen der Haß spricht, und die jeden sozialen Fortschritt mit verfaulenden Brechern abzuwürgen wollen. Freunde der Republik Frankreich, der Demokratie und des Friedens, wo ihr auch leben mögt, helft uns, aber unterstützt nicht die Umtriebe der Defaitisten des Franken gegen unsere nationale Währung. Der Feldzug gegen den Franken ist — ein niedriges Randorn unserer Feinde, die bereits besiegt sind, und die nun durch Angriffe auf den Kredit unseres vereinten Bundes sich retten wollen.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Generalstreikhefte.

Ein Aufruf an die Bergleute Mitteldeutschlands.

Die Bezirksleitung des alten Bergarbeiterverbandes für Mitteldeutschland erteilt am Donnerstag folgenden Aufruf:

„Kameraden des mitteldeutschen Bergbaues! Trotz aller Misserfolge bei allen Konferenzen und Versammlungen, die die Kommunisten in den Bergbaurevierien abhielten, verstanden sie fortgesetzt, die Kameraden für einen Generalstreik aufzupuzeln. Die sogenannte „Zentralkampfleitung“, richtiger gesagt, die Zentrale der kommunistischen Partei, arbeitet fieberhaft, um die Kameraden von der Notwendigkeit und dem Erfolg eines Generalstreiks zu überzeugen. Mansfeld befindet sich in einem schweren wirtschaftlichen Krisenzustand, der Kalibergbau hat für mehr als die Hälfte der Belegschaften Feiertage eingelegt, im Braunkohlenbergbau gibt es tausende von Arbeitslosen. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß ein Streik zurzeit das schlimmste Ziel der Unternehmer ist. Tausende von Kameraden würden auf der Strecke bleiben. Das unermessliche Elend in den Familien der Arbeitslosen würde zweifellos bis zur Unerträglichkeit gesteigert werden, während auf Erfolge für die Kameraden nicht zu rechnen ist. Kein vernünftiger Mensch aber führt Streiks mit dem Ziel der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Beteiligten. Deshalb warnen wir die Kameraden vor Beteiligung an unsinnigen Rufen, die den Arbeitgebern nur eine willkommene Handhabe bieten, in der rückständigsten Weise gegen ihre Arbeiter vorzugehen. Bisher haben die Kameraden ohne Ausnahme sich in muster-gültiger Disziplin den Beschlüssen der Revierkonferenzen und den Anordnungen der Gewerkschaftsleitungen gefügt. Für die Zukunft muß das ebenso sein. Ueber alle Vorgänge im mitteldeutschen Bergbau haben nicht verantwortungslos, ihren Namen verschweigende „Kampfleiter“, sondern die Revierkonferenzen der Verbände zu entscheiden. Wir fordern deshalb erneut auf, im Interesse der gesamten Belegschaften nur den Weisungen des Bergarbeiterverbandes und der Tariforganisation Folge zu leisten, jede parteipolitische Einmischung, von welcher Seite sie auch komme, unter allen Umständen strikte abzulehnen. Um den Kampf um bessere Löhne und die Beseitigung der bestehenden Arbeitszeit durchzuführen, ist die beste Antwort an die Arbeitgeber der Masseneintritt in die Gewerkschaften. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle.“

Kampf im Kölner Braunkohlenrevier. Im Kölner Braunkohlenrevier drohen neue Konflikte. Das Kraftwerk Fortuna setzte die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Anhörung der Arbeiterschaft durch. Auch das Schiedsgericht der Rheinprovinz, das sich auf Vorstellungen der Arbeitnehmer mit der Arbeitszeitfrage befaßte, fällt am 17. Mai den Schiedsspruch, daß die Arbeitszeit wie bisher fortbestehen soll. Der Schiedsspruch wurde abgelehnt. Unter der Belegschaft des Werkes herrscht große Erregung.

Stillelegung von Krupp und Dortmunder Union.

Essen, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wenn bis Donnerstag der Kohlenmangel auf den Krupp-Werken nicht behoben ist, wird die gesamte Krupp'sche Fabrik stillgelegt werden. Die etwa 30 000 Mann zählende Arbeiterschaft würde dann der Erwerbslosenfürsorge überwiesen werden müssen. Auch die Verwaltung der „Union“ in Dortmund gibt an, daß sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen bereits in den nächsten Tagen schließen muß.

An die Transportarbeiter der Metallindustrie.

Noch nie war eure Lebenslage so schlecht wie gegenwärtig. Seit Monaten wird von euch die berechtigende Forderung erhoben, die völlig unzureichenden Löhne den Zeitverhältnissen entsprechend aufzubessern.

Was haben aber eure Arbeitgeber hierin getan? Alle Anstrengungen, die von den Arbeitnehmerorganisationen unternommen wurden, um zu einem besseren Abkommen zu gelangen, sind von den Unternehmern hintertrieben worden. Die Unternehmer erklären, daß sie die feste Absicht verfolgen, die Löhne der Transportarbeiter nach ihren Ansichten festzusetzen. Sie behaupten, daß die Löhne der Transportarbeiter und -arbeiterinnen noch zu hoch seien.

Der Schiedsspruch vom Mittwoch trägt diesen Anschauungen im weiten Maße Rechnung.

Gegen eine solche Behandlung und Mißachtung ihrer Leistungen haben sich die Transportarbeiter mit aller Entschiedenheit aufzuheben. Den Geldarbeitgebern der Berliner Metallindustrie muß mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, daß sie ihr Vernichtungsspiel mit Tausenden von Arbeiterexistenzen nicht ungestraft weiter treiben dürfen. Die Transportarbeiter können und dürfen sich einen derartigen Zustand unter keinen Umständen bieten lassen, sondern werden den Berliner Metallindustriellen eine Antwort geben, die vollkommene Klarheit schaffen wird.

Zu diesem Zweck ladet der Deutsche Verkehrsbund alle Transportarbeitergruppen der Groß-Berliner Metallindustrie zu Sonnabend, den 24. Mai, abends 6 Uhr, nach den Räumen des „Gewerkschaftshauses“ zu einer Massensammlung ein. (Siehe Versammlungsanzeige.)

Betriebsräteschule.

Heute, Freitag, den 23. Mai, beginnen folgende Kurse im Sophien-Lyzeum an der Weinmeisterstraße:

Kurs 06, „Das Betriebsrätegesetz“. Lehrer: Karl Felgentreu. Beginn: Abends 7 Uhr.

Kurs 08, „Stabilisierung der Galuta“. Lehrer: Dr. Edgar Stillig. Beginn: Abends 7 Uhr.

Kurs 09, „Die Lage der deutschen Arbeiterschaft und der Übergang zur stabilen Währung“. Lehrer: Dr. Theodor Cassau. Beginn: Abends 7 Uhr.

erner im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz:

Kurs 05, „Was hat der Betriebsrat zu tun?“. Lehrer: Fritz Fricke. Beginn: Abends 7 Uhr.

Kurs 02, „Der industrielle Großbetrieb in der Wirtschaftskrise“. Lehrer: Paul Ilfermann. Beginn: Abends 7 Uhr.

Seht für die Bergarbeiter!

Redet nicht, beruft Euch nicht auf Nebendinge, auf eure eigene schlechte Lage.

Die Bergarbeiter hungern!

Sie erwarten, daß Ihr sie nicht verrätet, indem Ihr sie durch den Hunger den Zehenden ausliefert.

Seht schnell und reichlich!

Der Landarbeiterstreik in Ostpreußen.

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Die Streiklage in der ostpreussischen Landwirtschaft hat eine Wendung erfahren. Der kürzlich vom Reichsarbeitsministerium aller Berechtigten zum Trost ausgesprochenen Verbindlichkeit des zwischen dem deutschnationalen Zentralverband der Landarbeiter und dem Landwirtschaftsverband abgeschlossenen Tarifvertrages ist eine Allgemeine Verbindlichkeitserklärung seitens der Reichsregierung gefolgt. Durch diesen Vorgang hat der vom Deutschen Landarbeiter-Verband mit aller Entschiedenheit abgelehnte Tarifvertrag Gesetzeskraft für die gesamte ostpreussische Landwirtschaft erhalten. Eine hierauf sofort vorgenommene Prüfung der Lage führte die Organisationsleitung zu der Auffassung, es sei der Mitgliedschaft die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Begünstigt wurde dieser schwere Entschluß durch die Tatsache, daß die letzten Tage eine Anzahl streikender Landarbeiter kampfes-müde machten, nicht weil sie den Glauben an die Sache verloren, sondern weil für sie die von den Arbeitgebern angewandten Schikanen, bestehend in der Drohung mit Wohnungsräumung, in der Entziehung des Futters für das Vieh, in der Abfuhrung des Wassers und in der dauernden Belastung durch Polizeiarbeit unerträglich wurden. Hinzu kommt die unbeschreibliche Diffamierung der leitenden Personen im Landwirtschaftsverband. Sie lassen lieber alles zugrunde gehen und ertragen die größten Ausgaben für Rechtsverfahren, als sie dahin gebracht werden können, den Zentralverband mit seiner vortäterischen Taktik im Stich zu lassen. Vom Reichsarbeitsministerium, sowie von dem staatlichen Schlichter ist ein nachmaliges Eingreifen und Verhandeln abgelehnt worden. Der Kampf mühte also, wenn er mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter beendet werden sollte, noch eine sehr lange Zeit mit außerordentlich großen Opfern geführt werden. Das große Ziel des Landwirtschaftsverbandes, den Deutschen Landarbeiter-Verband unter allen Umständen müde zu machen, ist ihm überhaupt in Ostpreußen zu erschlagen, ist trotz alledem nicht erreicht worden. Man hat im Gegenteil einige Blöcke zurückstehen müssen, indem man selbst die Verbindlichkeit des Tarifvertrages beantraute und erwirkte, was soviel ausmacht, daß man den Deutschen Landarbeiter-Verband wieder als Tarifkontrahenten anerkennt. Der hierin liegende Erfolg kann nicht hoch genug veranschlagt werden.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat dem Wunsch der Kommunisten, einen Generalstreik zu proklamieren, nicht entsprochen. Wäre er hierzu übergegangen, hätte angesichts der besonders gearteten Lage in Ostpreußen mit einer vollständigen Niederlage gerechnet werden müssen. So steht die Arbeiterschaft noch zu weiteren Kämpfen bereit. Sie sieht ein, daß kein Baum auf den ersten Hieb fällt und keine Diffamierung der Arbeitgeber mit einemmal abbrechen werden kann. Die kommenden Kämpfe werden um so leichter sein, weil die ostpreussischen Landarbeiter mehr und mehr zu der Einsicht gelangen, daß ihren Interessen nur durch das Zusammenstreben in einer freigewerkschaftlichen, vollständig unabhängigen dastehenden Organisation gebient werden kann. Unzählig sind die Landarbeiter, die aus dem durch seine Maßnahmen, ja geradezu jammervollen Rollen so bekanntgewordenen Zentralverband der Landarbeiter austreten und zum Deutschen Landarbeiterverband übergehen. Hinzu kommt die Einsicht vieler Arbeitergeher, daß die Scharfmacherpolitik des Landwirtschaftsverbandes die ostpreussische Landwirtschaft nicht zum Heil, sondern zum Ruin führen muß. Mit Entsetzen wird allenthalben der fürchterliche Schaden festgestellt, der durch die mehrwöchige vom Landwirtschaftsverband hervorgerufene Streikbewegung verursacht wurde. Aus diesem Grunde kann mit voller Gewißheit gesagt werden, was heute aufgeschoben ist, braucht noch nicht aufgehoben zu sein.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie. Auf Grund zahlreicher Anfragen teilen wir mit, daß laut Vereinbarung mit dem VBR die Maigehälter bereits am 21. d. M. zur Auszahlung gelangen sollten. Da die Verhandlungen über die

endgültigen Maigehälter erst am 27. vor dem Schlichter Groß-Berlin stattfinden, konnten daher am 21. cr. vorerst nur die Aprilgehälter gezahlt werden.

WfA-Metallarteil. Günther, Lange, Rothe.

Betriebsräteahlen bei preussischen Behörden.

Am 31. Mai und 1. Juni d. J. finden bei den preussischen Behörden, die dem Finanzministerium und Ministerium des Innern unterstehen, die Neuwahlen der Betriebsvertretungen statt. Bei den größten Dienststellen sind in einem gemeinsamen Wahlgang zu wählen: die örtliche Betriebsvertretung, Bezirksbetriebsräte (bei den preussischen Regierungen) und der Hauptbetriebsrat beim preussischen Finanzministerium und Ministerium des Innern.

Die freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterorganisationen haben in den Betriebsvertretungen der hier in Betracht kommenden preussischen Behörden seit Jahren die erdrückende Mehrheit. Der Hauptbetriebsrat besteht aus 9 Mitgliedern der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterverbände und nur je einem Mitglied der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Angestelltenrichtung. In 22 an der letzten Wahl beteiligten Regierungsbezirken haben die Betriebsbetriebsräte 145 freigewerkschaftlich organisierte Mitglieder gegenüber 13 Mitgliedern anderer Verbände.

Die freien Gewerkschaften sind auch in Preußen in allen wichtigen Angelegenheiten für die Kollegen bei den Behörden ausschließlich allein tätig gewesen. Die anderen Verbände (Gewerkschaftsbund der Angestellten, Reichsverband der Behördenangestellten, Verband für weibliche Angestellte, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) haben nicht einmal den Versuch gemacht, die preussische Personalabbauregierung für die Arbeitnehmer günstig zu beeinflussen oder in anderen wesentlichen Fragen Fühlung mit den maßgebenden Stellen zu nehmen. (Aufhebung der Entlohnung aus der Dienstauswandsentschädigung, Einbeziehung des Statistischen Landesamtes in den Zuständigkeitsbereich des Hauptbetriebsrats usw.)

Wer eine sachliche Vertretung seiner Interessen bei den preussischen Behörden und erfolgversprechende Abwehr im drohenden Existenzkampf erwartet, muß demnach bei den bevorstehenden Wahlen seine Stimme den Vorschlagslisten der freien Gewerkschaften geben. Für die Angestellten und Techniker kommt für die vom Zentralverband der Angestellten und Bund der technischen Angestellten und Beamten aufgestellte Vorschlagsliste I in Frage, die mit den Vorschlagslisten der freigewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in Listenerbindung steht.

Neue Wege der englischen Gewerkschaften.

London, 22. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaft der Bergarbeiter macht bei ihren Verhandlungen mit den Unternehmern die Annahme der neuen Lohnregelung davon abhängig, daß die bevorstehenden Lohnerhöhungen nur den Mitgliedern der Gewerkschaft zugute kommen. Diese Forderung wird in der Presse als ein Novum in der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Achtung! Vertrauenspersonen und Betriebsräte der reinen Buchbindereien! Da der Verband Berliner Buchbindereibesitzer sich weigert, das Abkommen bereits für diese Woche anzuerkennen, findet für Betriebsfunktionäre heute abend 1/6 Uhr im Bureau eine wichtige Besprechung statt. Die Branchenleitung.

Wahltag Schuhmacher. Montag, 26. Mai, nachm. 1/5 Uhr, bei Homert, Scherke, 24a. Versammlung aller auf dem Boden der Amtsbanner Gewerkschaftsrichtung stehenden Kollegen. Tagesordnung: Stellungnahme zur Bezirkskonferenz und zum Verbandstag. Ergeben unbedingt notwendig.

Deutscher Holzarbeiterverband. Sitzung bei erweiterter Ortsparlamentarische (Freitag), abends 7 Uhr, im Verbandshaus, Rungelstr. 20.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Catenazzi; Gewerkschaftsbewegung: Fricke, Gilmann; Reichsleitung: Dr. John Schlawski, Göttsche und Göttsche; Fritz Harßadt; Anzeigen: Th. Giese; Schriftlich in Berlin. Verlag: Rommelspacher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vertriebs- und Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 61, Eichenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Reinweil“.

Continental

Absätze



Keine Ermüdung, federnder Gang, Schonung der Nerven durch den Continental-Absatz. Haltbarer als Leder, dabei viel billiger. Der Continental-Sparkell D.R.P. verleiht dem Absatz

doppelte Haltbarkeit

dabei bleibt er immer gerade.

Bei jedem Schuhmacher erhältlich.
So gut wie Continental-Reifen!

← Unsere billigen Preise →

<p>Herren-Anzüge aus gestreitem Homespun, moderne Verarbeitung . . . M. 35⁰⁰</p> <p>Herren Sakko-Anzüge moderne Streifen, gute Verarbeitung . . . M. 45⁰⁰</p> <p>Herren-Ulster aus Dougalstoffen, in moderner Ausführung . . . M. 35⁰⁰</p> <p>Gabardine-Mäntel i. Schläpfer- u. Talleform, je nach Qual. u. Stoffart, M. 120, 110, 100, 90, 80, 70</p> <p>Gummimäntel Schläpferform . . . von M. 18⁰⁰ an</p> <p>Cutaway und Weste aus marengo Cheviot . . . M. 36⁰⁰</p> <p>Herrenhosen in schönem Streifenmuster . . . von M. 8⁵⁰ an</p> <p>Sporthose in hochgeschlossener Breechesform aus Whiphord . . . M. 14²⁵</p> <p>Damen-Breechesosen aus Homespunstoffen von M. 17⁵⁰ an</p> <p>Sportanzüge a. Whiphord, Homespun- u. Manchesterstoffen, je nach Qualität u. Stoffart M. 51, 48, 50</p>	<p>4teiliger Sportanzug mit langen und Breechesosen aus Homespunstoffen . . . von M. 66⁵⁰ an</p> <p>Lodenmäntel aus grünem Strichloden für Damen und Herren von M. 20⁰⁰ an</p> <p>Lodenanzüge offene Sportform mit langen oder Breechesosen . . . von M. 40⁰⁰ an</p> <p>Ruderjackets aus gutem blauen Cheviot und Marinefauch . . . von M. 33⁰⁰ an</p> <p>Ruder-, Segler- u. Tennishosen aus weißem Köper, Satin, weiß und gestreift, Cheviot, je nach Qual. u. Stoffart M. 34, 27, 22, 13, u. für Damen und Herren, in flotten Sportformen von M. 12⁰⁰ an</p> <p>Herren-Lederjacketts für Motorsport, aus schwarzem und braunem Chromleder, tolle Sportform, je nach Qualität u. Stoffart . . . M. 135, 130</p> <p>Damen-Lederjacketts elegante Sportform, in vornehmer Ausführung, von M. 140⁰⁰ an</p>	<p>Chauffeuranzüge aus Cordstoll in zweireihiger Form mit Breechesosen . . . von M. 50⁰⁰ an</p> <p>Chauffeurmäntel aus grünem Döllel . . . M. 65⁰⁰</p> <p>Waschjoppen offene und geschlossene Form in grünen und grauen Farben . . . von M. 4⁷⁵ an</p> <p>Lüster-Jaketts . . . von M. 9⁰⁰ an</p> <p>Khaki-Anzüge Sportform . . . von M. 12⁰⁰ an</p> <p>Knaben-Anzüge hochgeschlossener Form, aus homospunartigen Stoffen, Größe 1-6, je nach Qualität u. Stoffart . . . M. 13, 30</p> <p>Knaben-Waschanzüge . . . von M. 6⁵⁰ an</p> <p>Herren-Oberhemden Perkal, in schönsten Mustern mit einem steifen und einem weichen Kragen . . . M. 7⁰⁰</p> <p>Klubjacketts . . . von M. 7⁹⁰ an</p>
--	---	--

Große Auswahl in Tennisschlägern, Fußbällen, Expandern — Auto- und Wassersportbekleidung

Lieferant für behördlich zugelassene Droschken-Chauffeur-Anzüge und -Mäntel

Baer Sohn

Vorteilhafte Maßanfertigung aus erstklassigen modernen Stoffen unter Leitung erprobter Meister

Eigene Kleiderwerke
nur Chausseestraße 29-30

Museen, an denen man vorübergeht.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.

Von Zeit zu Zeit soll an dieser Stelle auf die Berliner Museen aufmerksam gemacht und zu ihrer Besichtigung eingeladen werden, denen man im großen Publikum sehr zu unrecht zu wenig Beachtung schenkt. In Nr. 202 des „Vorwärts“ haben wir mit dem Märkischen Museum den Anfang gemacht. Heute gilt unser Besuch der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, die ebenfalls viel mehr beachtet und gewürdigt werden müßte.

In der Fraunhoferstraße 12.

In der kleinen und stillen Fraunhoferstraße in Charlottenburg ist seit Jahr und Tag diese Ausstellung untergebracht, von der nicht laut genug erzählt werden kann. Ist sie doch dem Beruf gewidmet, der der wichtigste auf der Welt ist, dem Arbeiter, ohne dessen Kraft und Geschicklichkeit alle Räder stillstehen müßten. Die Ausstellung spricht von den tausend Gefahren, die den Arbeiter und die Arbeiterin in allen Betrieben umlauern, und sie schildert geschickt und anschaulich, welche Maßnahmen zu ihrem Schutz ergriffen worden sind. Freilich, hält man Gefahren und Schutzvorrichtungen einander gegenüber, wagt man sie ab, so ist die Bogenlinie, in die man den Schutz des Arbeiters legt, noch immer viel kleiner und leichter, als die Schale mit den Gefahren. Die Ausstellung in der Fraunhoferstraße 12 war während des Krieges geschlossen, und auch ein paar Jahre nach dem Kriege öffneten sich ihre Pforten dem Publikum nicht, weil hier die Prüfungsstelle für Prothesen, für künstliche Glieder, untergebracht war. Der Besuch der Ausstellung ist kostenlos. Lohnend und lehrreich zugleich, kann er auf das wärmste empfohlen werden. Besonders aber die Lehrer und Lehrerinnen sollten mit den Arbeiterkindern in die Ausstellung wandern und die Kleinen, die ja zum größten Teil auch bereits in die Fabriken und Maschinenfabriken gehen müssen, auf die Gefahren aufmerksam machen, die mal nach ihrem Leben und ihrer Gesundheit greifen werden. Von der Besichtigung dieser Ausstellung nehmen die Kinder jedenfalls unendlich viel mehr Nutzen nach Hause, als wenn man sie, was noch immer mit Vorliebe geschieht, in das Zeughaus führt und ihre Phantasie sich an Waffen, Krieg und Kriegsgreuel erhitzen läßt.

Die Sonderausstellungen.

Im Parterre der Ausstellung, der gegen früher eine Veränderung und Neueinteilung erfahren hat, fällt zunächst die Sonderausstellung der U.S.G. auf. Sie bietet eine Fülle des Beliehrenden und Interessanten. Hier wird zum Beispiel der Gewerbehigiene eindringlich das Wort geredet, werden alle möglichen Unarten, die unhygienisch sind, gezeigt, wie zum Beispiel Ausflauen eines Tuches aus dem Fenster, Bedecken der Briefmarken mit der Zunge, Abstauben der Stiefel mit dem Taschentuch, das man nachher wieder benutzt. Dazu gefolgt sind praktische Arbeiteranzüge, Schutzhelme für Arbeiterinnen, Modelle eines hygienischen und eines unhygienischen Zimmers und anderes mehr. — Außerordentlich interessant ist auch die Sonderausstellung der amerikanischen Versicherungs-Gesellschaften. Der Geist, der nur auf Praktisches gerichtet ist und durch die lediglich praktische Einstellung die besten Erfolge erzielt, wird hier lebendig. Eine staatliche Fürsorge für Arbeiter gibt es bekanntlich in Amerika nicht. Wer im Betrieb verunglückt, kann Hilfe und Unterstützung nur erlangen, wenn er gegen Unfall bei einer Gesellschaft versichert ist. Die Versicherungsgesellschaften aber haben natürlich das größte Interesse daran, möglichst wenig und möglichst selten zu zahlen, die bei ihnen versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Gefahren des Fabrikbetriebes aufmerksam zu machen und ihnen Fingerzeige zu geben, wie man am besten den diesen Gefahren entgeht. Man sagt sich in Amerika, und mit Recht, was nützen Bekannmachungen mit vielen Paragrafen, die in den Fabriksälen angeschlagen sind. In den meisten Fällen werden sie gar nicht gelesen. Die amerikanischen Versicherungsgesellschaften wirken nun auf andere, sinnfälligere, wenn man will, kräftigere Art auf die Aufmerksamkeit der Arbeiter. Sie hängen große, bunte Plakate und Bilder in den Fabriken aus, die einmal für ihre Firma in einer uns allerdings nicht selten beleidigend kitschigen Form Reklame, und zum anderen den Arbeiter durch bildhafte Darstellungen darauf aufmerksam machen, was er zu tun hat und wie er sich benehmen muß, um nicht zu verunglücken. — Holländer und Engländer haben

dieses Verfahren in ihren Fabriken nachgeahmt. Aber ihre Bilder und Plakate sind nicht so grell und marktschreierisch. Sie wirken gewissermaßen mehr kultivierter. Auch für Deutschland wird ähnliches geplant, und Verhandlungen darüber sind mit den Gewerkschaften im Gange.

Schutz vor der Maschine.

Eine Fülle von Anschauungsmaterial der mannigfaltigsten Art bietet der große Saal der Ausstellung mit seiner langen und breiten Galerie. Was man hier erblickt, ist alles so genau, exakt und naturgetreu, daß man in einer großen Fabrik zu sein meint. Die verschiedensten Maschinenteile mit den angebrachten Schutzvorrichtungen sind hier aufgestellt. Man erblickt, und nur ein paar zu nennen,



Blick auf die Schutzvorrichtung!

Schutzvorrichtungen am Wasserstandsanzeiger, Modelle von Schutzgeräten gegen Absturzgefahr, Sicherheitsvorrichtungen bei Bauten und auf Schiffen. Auf der Galerie daselbst wechselnde Bilder der mannigfaltigsten Schutzvorrichtungen. Hier steht zum Beispiel das Modell einer Bohne mit Kausklappen, hier sieht man Schutzvorrichtungen im Kohlenbunker und beim gesundheitsgefährlichen Bleistift (sowie Hinweise auf die Gefährlichkeit des Staubs). Vor dem übermäßigen Alkoholkonsum wird gewarnt und die Parole ausgegeben: „Lee statt Alkohol!“ Hierzu muß man allerdings sagen, daß heute Lee immer noch teurer ist als Alkohol. Ferner sieht man hier Modelle von Arbeiterwohnheimen und Arbeiterkindererholungsheimen. Die Ziegeleigenossenschaft hat ein vorzügliches Tongrubenmodell mit vollem Betrieb aufgestellt, und die Reichspostverwaltung zeigt, welche Schutzvorrichtungen sie für ihre Kabelleger, Telegraphen- und Telephonarbeiter getroffen hat.

Das Prachtstück der Ausstellung

und vielleicht das markanteste ist aber die plastische Darstellung der Steinbruchsberufsgenossenschaft. Man erblickt einen Steinbruch in großen Dimensionen, Arbeiter in Lebensgröße im Werk mit allen Schutzvorrichtungen beim Sprengen der Steinmassen durch Dynamit, daneben Schuppen, in denen sachgemäß Pulver und Dynamit gelagert werden. Alles ist so anschaulich und naturgetreu, daß

man sich in einen Steinbruch mit Bergwerksbetrieb versetzt glaubt und jeden Augenblick erwartet, die Dynamitpatronen werden unter lautem Knall explodieren. Zu erwähnen wäre noch ein reiches statistisches Material, das über alle möglichen Dinge erschöpfende Auskunft erteilt. Im Gebäude befindet sich ferner noch ein großer Saal, in dem die verschiedensten im Interesse des Allgemeinwohls stehenden wissenschaftlichen Thematika abgehandelt werden. So hat hier zum Beispiel die Lage der Belegung zur Ausbildung der Schornsteinfeger in der Warmwirtschaft stattgefunden, der von der Technischen Hauptstelle des deutschen Schornsteinfegergewerbes veranstaltet wurde.

Alles in allem, ein überaus fesselndes Bild, diese Ausstellung. Nicht nur den Arbeiter interessiert sie, sondern auch jeden, der ein Herz hat für den Arbeiter und der hier mit Befriedigung feststellen kann, daß Kräfte am Werk sind, den Arbeiter zu schützen und zu schonen.

Das Ferienschiß.

Es klingt alles sehr schön. Man kauft Sparmarken von je 25 Pfennig oder erwirbt durch einmalige Zahlung unverzinsliche, auf ein Jahr unkündbare Stammeinlagen von je 10 Rentenmark. Bereits eine Stammeinlage gibt dem Besitzer mehrere Vorrechte für Vorbestellungen und verbilligte Benutzung der Sommererichtungen der Gesellschaft „Grüne Heimat“. Da ist zunächst ein Ferienschiß mit dem Namen „Baldur“, das erst gebaut wird und im Sommer vom Stapel laufen soll. Nach den Beschreibungen ist es ein ganz aus Stahl gebautes Motorübernachtungsschiß von 50 Metern Länge und 7 Metern Breite, mit Dieselmotoren, Doppelpropellern, sechs wasserdichten Schotten und 215 Schlafplätzen. Sämtliche Kabinen, je 2 bis 15 Betten enthaltend, sind mit elektrischem Licht, Wasserleitung und Abfluß versehen. An Bord befindet sich ein nach Art der Eisenbahn-Speisewagen eingerichteter alkoholfreier Wirtschaftsbetrieb. Der Hauptwert ist auf ein preiswertes, schmackhaftes Einlopf-Mittagessen gelegt. Die Inneneinrichtung wird ganz in Weiß gehalten sein. Kleine Boote, die sich an Bord befinden, Sport- und Spielgeräte werden verliehen. Es gibt Sonntagsfahrten für 32 Stunden mit 2 Übernachtungen, kleine Wochenfahrten für 43 Stunden mit ebenfalls 2, große Wochenfahrten für 78 Stunden mit 3 Übernachtungen. Die Preise betragen je nach der Anzahl der Betten in den Kabinen 3 bis 7 Mark für die Sonntagsfahrt, 4 bis 9 Mark für die kleine Wochenfahrt, 6 bis 11 Mark für die große Wochenfahrt. Inhaber von Stammeinlagen zahlen auf allen Fahrten nur die Hälfte. Man legt sich also beispielsweise am Sonnabend an Bord des Ferienschißes, das noch bei irgendeiner Spreckbrücke ankert, schlafen und wacht am Sonntagmorgen in einer stillen waldumhänzten Bucht auf. Am Sonntagabend geht es ohne Eisenbahndruck im friedlichen Borchhafen zurück. Unmittelbar sucht man vom Schiß aus seine Arbeitsstelle auf. Das Unternehmen ist von Führern großer Körperschaften, die Erfolge auf dem Gebiete des Freiluft-, Garten- und Siedlungswesens haben, ins Leben gerufen und will der Volksgesundheit dienen. Mitgliederbeiträge werden nicht erhoben, nur 1 Mark Einschreibgebühr. Zahlstellen sind alle Groß-Berliner Sparbanken. Noch ausgedehnter ist der Plan, durch zinslose Hergabe von Sparguthaben den Mitgliedern der „Grünen Heimat“ Erholung in besonders zu errichtenden Sommerhäuschen für die ganzen Ferien oder den ganzen Sommer zu sichern. Man wird ohne vornehmste Hygiene die Entwicklung abwarten müssen. Die Bestimmung, daß Vernehrung der Einlagen die Rechte und Ansprüche verneht, hat einen fatalen kapitalistischen Beigeschmack. Ein solches Recht soll zum Beispiel das Belegen von Plätzen vor Beginn des öffentlichen Vorverkaufs sein. Wer also das nötige Kleingeld hat, schnappt die besten Plätze weg. Für die weniger Bemittelten, die gerade am meisten der Erholung bedürftig sind, wird nicht viel übrig bleiben.

Die Optionsfrist für Oberschlesien läuft mit dem 15. Juli 1924 ab. Auskünfte über die Optionsbestimmungen, die im Ministerialblatt für die preussische innere Verwaltung vom 18. Mai 1924, Nr. 24, veröffentlicht worden sind, werden von der Geschäftsstelle der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier im Schloß Bellevue, rechter Seitenflügel, jederzeit gern erteilt. Telephon Noabit 888.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Linnankoski.

Er dachte oft über diesen seinen neuen Glauben nach. Wie verwickelt war doch die Auffassung des Menschen vom Leben, und wie einfach war das Leben selbst! Nur für sich sorgen und seine eigenen Handlungen verantworten — das war alles.

Lutela war jetzt voll befriedigt von seinem Schulgang. Und er freute sich, als er bemerkte, daß er einen Funken seiner ehemaligen Lebenslust zurückgewann.

Er hatte allerdings nicht mehr die früheren Zukunftspläne und die Freude über die Neugeburt des Gutshofs, aber er fühlte doch, daß er das Beil kräftig in seiner Hand schwang, als er jetzt gegen den Frühling zu an dem neuen Korndarrenbau mithalf. Er fühlte, daß er Zuchtäuslerarbeit ausübte — aber auch diese Arbeit mußte gewissenhaft getan werden, weil sie in einem gerechten Urteil begründet war.

Auch die anderen bemerkten seine Veränderung. Die Zeit, dachten sie, befähigt, und Lutela ist ein verständiger Mann — gerade, wie sie gehofft hatten.

Aber es befreite sie nicht. Sie blickten mit aus Angst und Achtung gemischten Gefühlen auf die geheimnisvolle Ruhe, mit der Lutela jetzt seinen Weg ging.

14.

Aber auch der Weg war voller Steine und Baumstümpfe. Das sollte Lutela bald erfahren.

Was ihn selbst anbetraf, war er allerdings ruhig, und sein Verhältnis zu den Restitalos war klar. Ebenso war es ihm ganz gleichgültig, was Riitta und die Tagelöhnerfrauen tuiseln mochten.

Da er jedoch mitunter diesem oder jenem Dorfbewohner begegnete, begann seine Gelassenheit unbehaltbar ins Schwanken zu geraten. Er las aus den Blicken heraus, daß die Sache in ihrer ganzen Nacktheit im Dorfe bekannt war. Er sah im Augenblicken der anderen ein ironisches Lächeln: daß der Mann in dem Alter noch ein Kind bekam! Das ließ ihn aufschäumen. Und als er im Blicke anderer etwas wie Mitleid zu gewahren meinte, schäumte es noch mehr in ihm auf.

Lutela erkannte jetzt zu seinem Kummer, daß sein neuer Glaube nicht so leicht war, wie er einfach war. Er mußte wie

mit beiden Händen an dem gefundenen Boden festhalten, um nicht in die frühere Hilflosigkeit zu gleiten.

Je näher aber die Zeit der Entbindung kam, desto schwieriger wurde seine Lage. Es trat eine ganz neue Seite hervor — was sich bisher nur in den Gedanken bewegt hatte, das sollte sich alles in eine sichtbare, körperliche Gestalt kleiden. Es drohte vor ihm hinzutreten und zu einer ganz neuen Prüfung herauszufordern.

„Wo soll ich hingehen, wenn es geschieht?“ fragte er sich in seiner Angst. „Hier kann ich in der Stunde nicht sein, um keinen Preis!“

Dieser Gedanke quälte ihn lange Zeit, so sehr er auch versuchte, sich zu beruhigen und sich zu überzeugen, daß es ihn gar nichts anging.

Da befreite ihn Reskitalo eines Tages von diesem Alp. Lutela sah sofort, daß der andere etwas im Sinn hatte, daß es ihm aber schwer wurde, es zu sagen.

„Sollte er jetzt davon . . .?“ dachte Lutela, sich unruhig bewegt fühlend.

„Wir haben gedacht . . . vielleicht könnte Manta in die Stadt . . . in die Entbindungsanstalt gehen . . .?“ brachte Reskitalo schließlich heraus.

Lutela fühlte, wie ihm die Schläfen zu brennen begannen.

„Was geht das mich an, sorgt selbst dafür!“ drängte es ihn zu rufen, so daß es zugleich eine Antwort auf alles war.

Doch er wurde über die glückliche Wendung so froh, daß er wie ein Beteiligter erwiderte:

„Ja . . .? Das ist gewiß das allerbeste.“

Er fühlte, daß er wieder auf den Füßen stand. Reskitalo erledigte die Sache, wie es ihm zukam.

Es war ein lenzrischer Morgen im Mai, als die junge Frau nach der Bohntation gefahren wurde.

Reskitalo kutscherte, und die alte Frau begleitete sie in die Stadt.

Die anderen schienen mit der Reise zu tun zu haben, Lutela aber arbeitete auf dem Acker wie gewöhnlich.

Er eggte die letzten Haferfaaten auf der Böschung des zum See hinabführenden Hofackers. Die Pferde zogen flink das leichtbewegliche Gerät, die lockere Erde sott und brodelte zwischen seinen Zinken. Das Sieden tat den Augen des Arbeitenden wohl, und aus dem Boden stieg der angenehme Duft der frischen Frühlingserde.

Lutela hielt die Pferde oben auf der Böschung an, gerade

dort, wo sie sich nach dem See hinablenkte. Er konnte der Lockung nicht widerstehen, denn auch ihn selbst hatte der Frühling umstrickt.

Wie wenn die Böschung vor Freude gezittert hätte, während die Sonne auf ihrem grauen Scheitel spielte! Der Blid streifte nach unten, auf den silberhellen Spiegel des Sees. Der länglichhymale See war wirklich schön, wie man ihn jetzt so offen daliegen sah! Das Auge schweifte immer weiter, nach dem zu einer Anhöhe emporsteigenden Hang des gegenüberliegenden Ufers, wo die Birken mit ihren zartgrünen Laubknospen hervorlugten — dahinter, weiter oben, der ernste dunkelgrüne Nadelwald.

„Es ist eine schöne Gegend,“ gestand Lutela. „Ich habe drüben in Lavastland nichts dergleichen gesehen.“

Dann sprang der Blid quer über das linke Ende des Sees wieder herüber und richtete sich auf die nördliche Dichtung des weiten Hofackers. Er liebte zuerst das Gut mit den grünen Birken, dann den Hügel mit der Korndarre und den weißen neuen Balkenwänden, darauf den Acker, schließlich das an seinem Rande stehende Erlenwäldchen, dessen lang herabhängende gelbliche Käpchen bis hierher leuchteten.

„Es ist doch ein hübsches Gut!“ entfuhr es Lutela. „Hier lohnt es sich schon —“

Damit zerhellte es jedoch, wie von einer unsichtbaren Hand berührt. Lutela fühlte, wie es ihm vor den Augen dunkelte, und ihm wurde unfagbar schwer zu Mute.

Zugleich hörte er das Knarren von Wagenrädern und wandte sich, ohne etwas Besonderes zu denken, danach um.

Dort fuhren Reskitalo, die alte Frau und Manta langsam, im Fußgänger Schritt, zur Bahn.

Lutela kehrte sich plötzlich ab — er konnte den Anblick nicht ertragen. Er riß heftig an den Zügeln und zwang die Pferde fast zum Laufen.

Er fuhr hinab, dann hinauf — hinab und wieder hinauf — ging auf das nächste Beet über — hinauf, hinauf — die Pferde immer antreibend, so daß sie zu dampfen und zu schnauben begannen. Wie wenn alles davon abgegangen hätte, daß er in die feuchte, empfängliche Erde das grenzenlose Weh michte, das ihn so unerwartet ergriffen hatte.

Aber dann mußte er anhalten — er hätte keinen Schritt weiterfahren können. Er zitterte heinasse bei dem Gedanken, der ihm jetzt durch den Sinn flog:

„Wieviele Sorgen sind wohl in diesen Aekern Finnlands begraben . . .?“

(Fortsetzung folgt.)

Juni-Miete unverändert.

Das städtische Zentralamt für Wohnungswesen teilt mit: Nach einem Erlass des Ministers für Volkswohlfahrt vom 14. d. M. verbleibt es für die Berechnung der gesetzlichen Miete für den Monat Juni bei der Anordnung vom 24. April betr. die Regelung der Mietmiete. Für die Stadt Berlin behält daher die Bekanntmachung des Magistrats vom 30. April auch für den Monat Juni ihre Wirksamkeit. Hiernach haben die Mieter für den Monat Juni 35 vom Hundert der reinen Friedensmiete zu entrichten. Nur in denjenigen Fällen, in denen unter der Herrschaft des am 1. Mai d. J. in Kraft getretenen neuen Rechts eine ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung zwischen Vermieter und Mieter getroffen worden ist, worin die Mieter sich zur Uebernahme der sogenannten Schönheitsreparaturen in ihren Mieträumen verpflichtet haben, sind sie berechtigt, die 35 v. H. um 4 v. H. zu kürzen, dafür aber auch verpflichtet, die von ihnen übernommenen Schönheitsreparaturen auf ihre Kosten ausführen zu lassen.

Kazzia im Berliner Chinesenviertel.

Echt chinesische Waren aus der Prinzenstraße.

Im Berliner „Chinesenviertel“, das sich seit einigen Monaten in der Gasse, Markus- und Kraußstraße ausgedehnt hat, gab es eine böse Ueberraschung. Seit geraumer Zeit liefen bei den Behörden zahlreiche Klagen darüber ein, daß die in Berlin hausierenden Chinesen das Publikum in größtenteils Art und Weise täuschen und wertlosen Schund, der als „echt chinesische Arbeit“ angepriesen wird, für unverhältnismäßig hohe Preise verkaufen. Das Landesfinanzamt entschloß sich daher, zusammen mit dem Zollgrenzkommissariat eine Kazzia in dem Chinesenviertel zu veranstalten. Die Beamten drangen unvorbereitet in die Wohnungen der Chinesen ein und beschlagnahmten dort sowohl die Waren als auch die Geschäftspapiere. Die Söhne des Ostens hatten sich hier in Berlin ganz nach heimischer Weise eingerichtet und wohnen zu 16 und 17 Mann oft in einem Quartier zusammen mit deutschen jungen Mädchen und Frauen, auf deren Namen meist die Einkäufe der Waren erfolgten. Dabei wurde auch die Feststellung gemacht, daß die Chinesen vielfach minderjährige in ihre Wohnungen gelockt hatten und dort bei sich behielten. Aus diesem Grunde wurden eine ganze Anzahl erotischer Götze festgenommen und sofort den zuständigen Stellen zugeführt. Die Durchsuchung der Warenlager erforderte fast einen ganzen Tag. Die Chinesen bezogen ihre Waren, Teelerauche, Schnitzereien aus Knochen und Eisenblech sowie den angeblich „echt chinesischen Tee“, der sich als die geringste deutsche Teelerauche entpuppte, in der Hauptsache von einer Firma in der Prinzenstraße. Es wurde weiter festgestellt, daß die Chinesen, etwa 500 an der Zahl, ihr Hauptwarenlager in einer Gastwirtschaft hatten, die sich in der Kraußstraße befindet. Die dort beschlagnahmten Risten füllten allein einige Rollwagen an. Die Polizei ermittelte schließlich noch, daß die Chinesen ihren gesamten Verdienst nicht etwa in Deutschland anlegen, sondern daß der Reingewinn, in Form von Valuten umgewechselt, von Zeit zu Zeit durch Vertrauensleute nach China geschafft wird. Das Landesfinanzamt hat deshalb fast 400 Chinesen am Freitag vorgeladen, wo sie über ihre Steuererklärungen und andere Dinge Auskunft geben müssen.

Das Geheimnis um den Stromerzeuger.

Das Für und Wider der Sachverständigen.

Als am Nachmittag Amtsgerichtsrat Liebegott die Verhandlungen in Koozit wieder aufnahm, drängte sich das Publikum dorthin zum Hörsaalraum, daß ein förmlicher Kampf um die Plätze an der Tür entstand.

Zunächst wurde der Sachverständige Geheimrat Professor Dr. Romberg von der Technischen Hochschule gehört. Er hat den Apparat etwa zwanzigmal bis April 1920 besichtigt, ihn aber niemals in Betrieb gesehen. Der Angeklagte sprach damals schon von der Notwendigkeit der Geheimhaltung seiner Erfindung. Darauf habe der Zeuge auf eine nähere Prüfung verzichtet und nur gebeten, durch Messungen am Apparat die Leistungen feststellen zu dürfen. Die Instrumente wurden zwar angeschafft, aber niemals angeschaut. Er sieht persönlich auf dem Standpunkt, daß der Apparat niemals gewirkt hat oder wirken mußte. Von Interesse würde es sein, festzustellen, ob jemals ein wirklicher Sachverständiger den Apparat in Tätigkeit gesehen hat oder ihn messen konnte. Die Technische-Hörsaalische Reichsanstalt hat ihn nicht unterzucht, obwohl es wichtig gewesen wäre, daß an dieser objektiven Stelle eine Prüfung stattgefunden hätte. — Vors.: Konnte der Angeklagte bei seinem geringen technischen Können erkennen, weshalb es nicht geht? — Sachverständiger: Dazu halte ich ihn nicht für befähigt, aber um die Ausschloßigkeit zu erkennen, war er wissenschaftlich genügend gebildet. — Rechtsanw. Dr. Brandt: Das Gutachten geht von dem Zweifel aus, daß der Apparat jemals gebrannt habe. Wenn wir das aber als wahr unterstellen, würde er ohne Zuleitung in Betrieb gebracht werden können. — Sachverständiger: Dafür ist kein Anhaltspunkt. — Bert.: Es ist doch bekannt, daß, als die Flugzeugidee auftauchte, ein Mann wie Heilmholz es für unmöglich erklärte, mit einem Gegenstand, der schwerer ist wie Luft zu fliegen. Wir haben doch schon manche Umwälzung der wissenschaftlichen Erkenntnis erlebt. — Sachverständiger: Theoretisch bestreite ich die Möglichkeit gar nicht, wie ich auch die Möglichkeit theoretisch nicht abstreite, einmal drahtlos mit dem Mond zu telephonieren. In diesem Falle käme unter Ausnutzung der Elektrophorie die Auslösung der Materie in Kraft in Frage. Deshalb habe ich den Angeklagten auch gefragt, ob er irgendein Verhalten von Materie beobachtet hat, was er bemerkte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es gelingt, die Materie in Kraft umzuwandeln, aber nicht mit diesem Apparat, sondern auf anderem Wege. — Rechtsanw. Dr. Arthur Ball: Tatsächlich haben doch zahlreiche Zeugen unter Eid bekundet, daß der Apparat gebrannt hat und daß sie alles durchsucht haben, um eine Zuleitung zu entdecken. — Sachverständiger: Dafür habe ich keine Erklärung; ich kann mir nur denken, daß die unachtsamen Sachverständigen dennoch getäuscht worden sind. — Vors.: Wenn tausendertige Lampen gebrannt haben, dann muß doch entweder ein Betrug vorliegen, oder es muß sich um Vorgänge handeln, die wir nicht kennen. — Das letzte verneint der Sachverständige und erklärt, daß er Betrug annehme. — Rechtsanw. Dr. A. Ball: Die Zeugen haben doch den Apparat herumgetragen, und er brannte weiter, so daß eine geheime Zuleitung ausgeschlossen werden muß. — Vors.: Kann nicht eine Ladung mit Elektrizität erfolgt sein? — Sachverständiger: Akkumulatoren können in dem Apparat nicht gewesen sein, die 5000 Watt erzeugen. — Rechtsanw. Dr. Ball: Gibt es keine andere Möglichkeit der Zuleitungen? — Sachverständiger: Elektrisch kann man alles Mögliche machen. — Bert.: Gibt es auch eine unsichtbare Zuleitung? — Sachverständiger: Unter Umständen, ja. Das müßte ich mir

Die Berliner Bürgermeistereiwahl.

Bürgermeister Scholz-Charlottenburg wird Bürgermeister von Berlin.

Die von der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern vollzogene Neubestellung des Bürgermeisters, der durch den Tod unseres Genossen Adolf Ritter freigeworden war, verlief genau nach dem Programm, das die Gegner der Sozialdemokratie, die Bürgerlichen samt den Kommunisten, von vornherein aufgestellt hatten. Unter keinen Umständen durfte wieder ein Sozialdemokrat gewählt werden, das war ihr Vorbehalt — und diesen Plan auszuführen, waren sie entschlossen, unbekümmert darum, ob die sozialdemokratische Fraktion als Kandidaten einen ehemaligen Landarbeiter oder einen Mann mit akademischer Bildung, einen erfahrenen Praktiker der Kommunalverwaltung oder einen Reuling vorschlagen würde. Der Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion, unser Genosse Stadtrat Dr. Heimerich aus Nürnberg, brachte alles mit, was ihn für den Bürgermeistersposten geeignet erscheinen lassen konnte, aber er ist Sozialdemokrat, darum mußte er durchfallen. In dem entscheidenden dritten Wahlgang erhielt Dr. Heimerich 92 Stimmen, d. h. neben den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion noch ein halbes Dutzend andere, die von einzelnen Mitgliedern der unabhängigen, der Kommunisten, der Demokraten und des Zentrums kamen. Dem Kampf der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie sah die Hauptmasse der Kommunisten in „unparteiischer“ Sinnhaltung zu, und die Hauptmasse der Demokraten und des Zentrums stimmten mit den rechtsstehenden Parteien für den zur Deutschen Volkspartei gehörenden Bürgermeister Scholz-Charlottenburg, der dann mit 105 Stimmen Sieger blieb. Das Ergebnis der Wahl ist eine Niederlage der Sozialdemokratie, aber es beleuchtet und klärt die politische Situation in der Stadtverordnetenversammlung.

Der gestrigen öffentlichen Sitzung ging eine nicht öffentliche voraus, in der der Ausschuss für die Wiederbestellung der Stelle des Zweiten Bürgermeisters über diese Angelegenheit durch Werten (Dem.) Bericht erstatten sollte.

Die öffentliche Sitzung begann um 1/7 Uhr und befaßte sich zunächst mit der Anfrage der Kommunisten, ob dem Magistrat bekannt sei, daß der Reichswirtschaftsminister a. D. Scholz während seiner Ministerzeit sein Bürgermeistersgehalt von der Stadt weiter bezog, und daß er eine Pension als ehemaliger Minister und als ehemaliger Bürgermeister erhält, obwohl er ein Einkommen aus seiner Tätigkeit als Vorsitzender der DVB bezieht, ob der Magistrat die bezüglichen Beschlüsse des Bezirksamts Charlottenburg billigt; oder ob er bereit ist, eventuell die Mitglieder dieses Bezirksamtes regreppflichtig zu machen. — Stadtsyndikus Lange stellte fest, daß Herr Scholz als Minister nur das Ministergehalt bezogen hat; mit der doppelten Pension habe es allerdings keine Richtigkeit. Der Magistrat habe beschlossen, den Beschluß des Bezirksamts einer juristischen Nachprüfung zu unterziehen. Schumacher (Komm.), der die Besprechung beantragte, erklärte, derartige „Schweineereien“, daß man trotz reichen Einkommens auch noch den armen und ärmsten Steuerzahlern das Geld abnehme, müßten aufhören. — Damit war die Anfrage erledigt.

Zu einer längeren Diskussion führte die Vorlage vom 9. April wegen Verkauf eines Grundstücks in der Sonnenallee in Kreuzbühl. Auf diesem Grundstück wird die offene Handelsgesellschaft Georg Wolffohn u. Co. in Berlin

einen modernen Mühlen- und Großbäckereibetrieb

errichten, der auf etwa 1000 Arbeiter und Angestellte zugeschnitten ist. Es sind 210 bzw. 100 Goldmark je Quadratmeter für das Vorder- bzw. Hintergebäude, im ganzen rund 495 800 Goldmark gehalten; die Sachsenbrötchen-AG in Dresden übernimmt für alle Verpflichtungen der Käuferin die selbstschuldnerische Bürgschaft. Der Ausschuss hatte

erst überlegen. — Vors.: Es hängt viel davon ab, Herr Geheimrat. Wir haben die merkwürdige Tatsache, daß von Zeugen unter Eid behauptet worden ist, daß der Apparat stundenlang gebrannt hat und daß keine Möglichkeit der Beeinflussung vorhanden war. — Sachverständiger: Dafür habe ich keine Erklärung. Die Möglichkeit einer Stromzuführung, nicht bloß durch Drähte, ist vorhanden. — Vors.: Wäre es möglich, daß in dem Apparat eine verborgene Stromquelle vorhanden war? — Sachverständiger: Hätte ich den Apparat damals gesehen, als er bei Rechtsanwalt Dr. Heyne in Dresden brannte, dann hätte ich sicherlich eine Erklärung gefunden. — Vors.: Wir müssen als Basis annehmen, daß der Apparat gebrannt hat. — Sachverständiger: Ich kann mir nicht erklären, wie das zugegangen ist. — Die Zeugen v. Bethmann-Hollweg und Dr. Heyne versichern nochmals, daß von einer geheimen Zuleitung keine Rede sein könnte. Der Angeklagte v. Urruh bekennt sich dann noch auf den Generaldirektor Jahnke, der mit ihm im Kriegsministerium zusammen unter Geheimrat Romberg gearbeitet hat und der den Apparat auch zweimal brennen gesehen habe. Da Geheimrat Romberg herein Jahnke als einen Vollstodverständigen

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 23. Mai.
 Tagessintellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorherrs. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
 4.30—5 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Schontek: „Vom Schlafen bei Tag und bei Nacht“. 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Stadtschreiber Dr. Lewald: „Was will die deutsche Tagung für körperliche Erziehung?“
 8.30 Uhr: 1. Rezitationen (Dora May). 2. Arie aus den „Jahreszeiten“, von Jos. Haydn (Elsa d'Heureuse). 3. Adagio, von Jos. Haydn (Gottfried Zeelander, Solocellist des Berliner Sinfonieorchesters). 4. a) Auch ich war ein Jüngling, aus der Oper „Der Waffenschmied“, von Lortzing. b) Wer ein Liebchen hat gefunden, aus der Oper „Die Entführung aus dem Serail“, von Mozart (Kammersänger Peter Lordmann). 5. Rezitationen (Dora May). 6. a) Frühlingsabend, von Fritz Fleck. b) Hans und Grete, von Gustav Mahler (Elsa d'Heureuse). 7. a) Andante aus dem E-moll-Konzert, von Popper. b) Gavotte, von Popper (Gottfried Zeelander, Solocellist des Berliner Sinfonieorchesters). 8. a) Der Trunk aus dem Stiefel, von Obermayer. b) mit Rheinwein fällt den Becher, von Ries (Kammersänger Peter Lordmann). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urrak.

den Verkauf zu einem Einheitspreise von 200 Goldmark je Quadratmeter empfohlen, welcher Satz auf 300 Goldmark erhöht werden sollte für den Fall, daß nicht rechtzeitig und vollständig gebaut wird.

Von der DVB und von der Wirtschaftspartei wurde der Verkauf bekämpft, weil die Errichtung einer Großbäckerei zu jetziger Zeit beanstandet werden müsse, andererseits weil der Preis zu gering sei. Für den Verkauf traten Genosse Baitsch und der Referent Genosse Bildegans ein, in dessen temperamentovolle Ausführungen ein Zwischenruf des Wirtschaftsparteilers Gräßler fiel: „Was versteht der Dohse vom Sonntag?“ In persönlicher Beherrenheit belam es Herr Gräßler unter stürmischer Heiterkeit des Hauses fertig, diesem Zwischenruf jeden beleidigenden Charakter abzusprechen.

Der Reden gelang es, obwohl die Zentrumsmitglieder mit der Linken gingen, den Ausschussvorschlagn und die Vorlage mit 100 gegen 88 Stimmen zu Fall zu bringen.

Um 1/8 kam man zunächst zur Wahl von 7 Mitgliedern für den Aufsichtsrat des städtischen Wertes Buch. Eingereicht wurden drei Vorschlagslisten; es entfielen auf die Liste Bildegans (Soz. und Komm.) 3, Liste Albrecht (DVB. und Dem.) 3, Liste Pätz (Dnat.) 1 Mitglieder.

Sodann schritt die Versammlung zur

Wahl des Zweiten Bürgermeisters.

Nach dem Ergebnis der Verhandlung in der nichtöffentlichen Sitzung gelten als Kandidaten Dr. Heimerich (Soz.), Bezirksbürgermeister Dofflein (Dnat.), Bezirksbürgermeister Scholz (DVB.), Rende (Z.), Dörr (Komm.).

Nach dem Eintritt in den ersten Wahlgang verlangte Schumacher (Komm.) die Vorwegberatung des kommunistischen Antrages, der unter Hinweis auf die bei den letzten Reichstagswahlen zu Tage getretene Umsichtung der Wählermassen den Magistrat auffordern will, bei der Staatsregierung die Neuwahl des Stadtparlaments zu beantragen. Nach dem Wahlergebnis hätten die Kommunisten jetzt 40 statt 20 Sitze zu beanspruchen. — Koch (Dnat.) trat diesem Vorschlag bei; gegen die äußerste Rechte und Linke lehnte die Versammlung es ab.

Zur Wahl selbst glaubte Schumacher (Komm.) in öffentlicher Sitzung feststellen zu müssen, daß alle Wahlvorschlagn von rein politischen Gesichtspunkten getragen sind, daß sie die Klüfte bilden, hinter der sich die politischen Gegensätze bei der Wahl verbergen. Davon, daß der Bürgermeister ein besonders sozial angehauchter Mann sein soll, sei keine Rede.

Im ersten Wahlgang wurden 213 Stimmen abgegeben, darunter ein unbeschriebener Zettel. Von den 213 gültigen Stimmen erhielten Dr. Heimerich 85, Scholz 61, Dofflein 41, Dörr 16, Dr. Rende 8; außerdem Frau Dr. Wegl eine Stimme. Da die absolute Mehrheit von 107 von keinem Kandidaten erreicht war, mußten nach der Geschäftsordnung die vier Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl zur engeren Wahl gestellt werden.

Zweiter Wahlgang: Heimerich 87, Scholz 66, Dofflein 43, Dörr 11; 2 Zettel weiß. Im ganzen abgegeben 209 Zettel. Die absolute Mehrheit von 104 ist wieder nicht erreicht; es muß Stichwahl erfolgen zwischen Dr. Heimerich und Scholz.

Dritter Wahlgang: Scholz 105, Heimerich 92,

Gewählt Scholz.

Abgegeben 206 Zettel, davon einer weiß, acht ungültig. Die Rechte begrüßt das Ergebnis mit Beifall.

Heber die Vertretung Berlins auf dem Städte-tage in München wurde durch dreimalige namentliche Abstimmung entschieden. Es werden entsandt werden 3 Magistrats-mitglieder, 3 Bezirksbürgermeister und 9 Stadtverordnete.

Nachdem noch einige Vorlagen, darunter diejenige betr. Notstandsarbeiten der Hochbauverwaltung, ohne Widerspruch erledigt waren, trat gegen 10 Uhr der Schluß der Sitzung ein.

bezeichnet, ordnet Amtsgerichtsrat Liebegott dessen Ladung an. Es folgt dann das Gutachten von Prof. Scherzenberg von der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt: Wir haben keine Spannung messen können, die höher war als die der kleinen Batterien, die zur Anregung dienen soll. Der Apparat ist relativ einfach aufgebaut, so daß nicht einzusehen ist, warum er immer betriebsunfähig ist, wenn Sachverständige ihn prüfen sollen. Es könnten doch nur Störungen sein, die sich sofort beheben lassen. Nach der ganzen Sachlage bin ich überzeugt, daß der Apparat eine Ultraschall- und sich nicht zur Erzeugung von Energie eignet. Alle Versuche von Leuten, aus nichts Energie zu erzeugen, sind von den Sachverständigen stets entlarvt worden. Die Zeugen, welche den Apparat haben brennen sehen, müssen getäuscht worden sein. So wie der Apparat ist, kann er nicht brennen. Er kann nur mittels Täuschung vorgeführt werden sein. Der Sachverständige verbreitet sich dann noch über die Möglichkeit von Induktionsströmen. — Der dritte Sachverständige, Geheimrat Schmidt vom Reichspatentamt, stellt fest, daß bis jetzt dem Angeklagten kein Patent erteilt worden ist, er hat nur ein französisches Patent, das aber nicht mehr wert ist als ein deutsches Gebrauchsmuster. Innerhalb von zwei Jahren ist es dem Sachverständigen nicht möglich gewesen, einer Fortführung beizuwohnen. — Ungell. v. Urruh sucht in längeren Ausführungen den Sachverständigen entgegenzutreten, und spricht von neuen Befehlen, die kein Apparat aufstelle. — Geheimrat Schmidt: Von dem heutigen Apparat habe ich bestimmt den Eindruck, daß mit ihm unmöglich die behauptete Energie erreicht werden kann. Es bestehen verschiedene Möglichkeiten fremder Zufuhr. So sei nur auf die Versuche von Tesla mit Hochfrequenz hingewiesen. Jetzt ist es schwer zu sagen, was da für Zauberkunststücke gemacht worden sind.

Darauf werden noch mehrere sachverständige Zeugen vernommen. Sachverständiger v. d. Bahlen hat den Apparat mehrfach brennen sehen und die Ueberzeugung gewonnen, daß keine äußere Zufuhr erfolge, sondern daß die Lampen aus dem Innenraum gespeist werden. Infolgedessen hat er für eine Gruppe die Option für Oesterreich für 100 000 Mark erworben. Anfang 1920 habe ihm v. Urruh gestattet, Messungen vorzunehmen, und er habe festgestellt, daß der Apparat wesentlich mehr Energie herausgab, als die Klingelbatterien einführten. Deshalb habe er die Optionsumme an v. Urruh gezahlt. Der Zeuge und Sachverständige läßt jede Täuschung aus, wenn er auch kein Elektrotechniker sei, so habe er genügend Vorkenntnisse, um das beurteilen zu können. — In ähnlicher Weise äußerten sich noch verschiedene andere Zeugen. Die Verhandlung wurde schließlich in später Stunde auf Freitag früh vertagt.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI® Fleischbrüh - Würfel



Achtung auf den Namen MAGGI und die rot-gelbe Packung.

Einfach mit kochendem Wasser übergossen, erhält man kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern oder Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.

Das Stadion an der Einsamen Pappel.

Die Bezirksversammlung gegen den Berliner Magistrat. Der Bezirk Prenzlauer Berg beschloß sich in seiner letzten Bezirksordnungsversammlung unter anderem mit dem im Bezirksamt ausgearbeiteten Projekt des Stadions an der Einsamen Pappel.

Die Bezirksversammlung erhebt Einspruch gegen den Beschluß des Magistrats, durch welchen die Anlage eines Stadions auf dem Egerplatz an der Schönhauser Allee abgelehnt wurde.

Eine seltsame Geburtstagsfeier.

Sehr erheitert wirkte auf die Zuhörer eine Verhandlung, die vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I gegen die Schankwirtin Johanna Baskowiat und den Kellner Hubert Jannings wegen Beamtenbeleidigung und Nachtbetrieb stattfand.

Vor Jahresfrist war eine eigenartige „Geburtstagsfeier“ von der Polizei gestört worden, die sich in Wirklichkeit als ein heimlicher Nachbetrübentrip entpuppte.

Der Sprachkünstler des Genossen Unkower, Anführerstraße 21/22, erteilt Englisch und Spanisch für Kaufmänner in allen Stadtteilen. Nebengebäude: Anführerstr. 21/22.

Der Sprachkünstler des Genossen Unkower, Anführerstraße 21/22, erteilt Englisch und Spanisch für Kaufmänner in allen Stadtteilen. Nebengebäude: Anführerstr. 21/22.

Der Sprachkünstler des Genossen Unkower, Anführerstraße 21/22, erteilt Englisch und Spanisch für Kaufmänner in allen Stadtteilen. Nebengebäude: Anführerstr. 21/22.

Advertisement for 'Zell Schokolade' by Hartwig & Vogel A.G. The ad features a decorative border and text stating 'erschaut sich infolge Güte und Preiswürdigkeit allgemeiner Beliebtheit'.

Hinter der Schusterkugel.

Nicht immer hat die blühende Schusterkugel bei dem 50jährigen Schuhmachermeister Franz Jeske in Rawawes zwischen Aug' und Arbeit geleuchtet. Wunderliche Dinge hat sie oft und grell beschienen müssen. Wenn der Meister den letzten Nagel in das Sohlenleder geklopft hatte, holte er aus den Schränken Bücher und Abbildungen von alten Meistern, wie besonders Rembrandt, Michelangelo und Rubens.

Rundgebung gegen das Hebammengesetz. In der Brauerei Königsplatz hielten die Vereinigung Deutscher Hebammen und der Deutsche Hebammenbund eine Protestkundgebung gegen das Hebammengesetz ab.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. An der Sitzung des Zentralausschusses wurde beschlossen, daß unteren Gruppen empfohlen werden soll, sich an der Kinderfremdenhilfe zu beteiligen.

Katalogentwurf der Berliner J. B. M. Jugend. Am Sonntag, den 25. Mai veranstaltet die Jugendabteilung im Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, in den Kranichbergen bei Waltersdorfer Schleuse (an der Teufelsbrücke) ihr Katalogentwerfen.

Deutscher Republikanischer Reichsbund Bezirk Nordwest. Freitag, den 23. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant 'Franke', Bräun-Allee 20. Herr Senatpräsident G. Rothmann spricht über 'Die Aufgaben des D.R.B.' Gäste willkommen.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Table with columns for food items (e.g., Gerstengraupen, Weizenmehl, Speiseerbsen) and their prices in Goldmark. Includes a note: 'Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.'

Selbstmord eines Soldaten im Reichswehrministerium. Im Flur des Reichswehrministeriums hat sich der dort auf Posten stehende Gefreite Josef R. von der 7. Komp. des Inf.-Reg. 20 mit seinem Dienstgewehr erschossen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten. Kreismitgliederversammlung

6. Kreis, Kreuzberg. Heute, Freitag, den 23. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Rabe, Fichtstr. 29. Vortrag des Gen. Otto Meier, M. d. L., über: 'Die Aufgaben des neuen Reichstages und die Stellung der Partei zu allen wichtigen außen- und innenpolitischen Fragen der Gegenwart.'

Heute, Freitag, den 23. Mai: 44. Abt. Abholung der Flugblätter von 5 Uhr ab bei Eiserl, Doanienstraße 106. 45. Abt. Abholung der Flugblätter von 5 Uhr ab bei Eiserl, Doanienstraße 106.

Morgen, Sonnabend, den 24. Mai: 24. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10. 25. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10.

26. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10. 27. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10.

28. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10. 29. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10.

30. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10. 31. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

32. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10. 33. Abt. Ab 5 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Stellen aus: Köpenick, Jannowstraße 10.

Arbeiter Sport.

Fußball-Städtetamp Steffin-Berlin. Zum erstenmal in diesem Jahre tritt die Berliner Städtemannschaft in Berlin auf den Plan. Als Gegner ist die Steffiner Städte-Gef. verpflichtet worden, die in der letzten Zeit beachtenswerte Resultate erzielt hat.

Berliner Schwimm-Bezirke. Das Ansehen der Abteilung Berlin II hat am Sonntag, den 25. Mai, im Freibad Köpenick, bei der Abfahrt erfolgt geschlossen vom Schiff, 10. Treffpunkt 10 Uhr, am Schwimmplatz. Die Leistungsstunden finden für den Sommer wie folgt statt.

Es ist wirklich kein Wunder

Advertisement for O.H.E. Tablets. Text: 'das die weltweis größte Zahl der Augenleidenden, Tuberkulösen Berechnung hat, die Hoffnung auf Genesung nicht aufzugeben.' Includes a small illustration of a person.

Large advertisement for 'Hofsteldung' (KOHLEN & JÖRING). Features 'Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12' and 'Zweiggeschäfte' in various locations. Lists clothing items like 'Herren-Sakko-Anzüge', 'Mod. Sommerpaletots', and 'Ruderjackets' with prices.

Friedensarbeit in England.

Puritanismus und englische Weltmission.

Von Armin L. Wegner.

Der Charakter eines Volkes erklärt sich aus seinen Gegebenheiten. Wie gute und böse Triebe in der Seele des einzelnen Menschen gemischt sind, so auch in der Seele der Völker. Wer als Deutscher in einseitigem Vorurteil in englischem Wesen stets nur den zähen Nachwillen eines grausamen Imperialismus sowie systematisch gezüchtete Lüge erblickt, wird für die großen Veränderungen, die sich in den letzten Monaten in England zu vollziehen beginnen, niemals die rechte Erklärung finden.

Zwei uralte englische Wesenszüge sind auch in der jüngsten Entwicklung deutlich zum Durchbruch gekommen: das Gentlemanideal und der Puritanismus. Das Standesideal des englischen Adels hat allmählich die Seele des ganzen Volkes bis hinab in das Proletariat erobert. Dies war nur möglich, weil die Oberschicht sich nicht völlig gegen die unteren Schichten abschloß. Es ist ein Beweis für die untrügliche Herrscherbegabung dieser Klasse, daß sie stets die Führernaturen der nächstfolgenden Schicht in sich aufzunehmen suchte, und daß es ihr so gelang, im Gegensatz zu der gleichen Schicht in Deutschland, sich stets neues Blut zuzuführen. Hier in der Tat ist wahre Aristokratie das Salz der Demokratie gewesen! Auf diesem Wege hat der englische Parlamentarismus, stets voll Ehrfurcht für die wahre Führerbegabung, sich als einen Ausleseapparat für den starken Willensmenschen erwiesen, der auch vor dem sozialistischen Arbeiter nicht Halt macht; auf diesem Wege hat er Männern ersten Ranges, wie Pitt, Gladstone, dem Juden Disraeli und dem gleichfalls aus niederen Kreisen stammenden Lloyd George zur höchsten Wirkung verholfen und scheint nach anfänglichem Widerstreben nun auch Ramsay MacDonald freie Bahn zu lassen. Deshalb ist in England eigentlich niemals eine revolutionäre Opposition möglich, weil so der Widerstand zum Anwalt des Staates geworden ist. Dieses konservative Volk kennt keinen Umsturz, sondern nur Entwicklung. Unter dem Einfluß des Weltkrieges geht nun eine Neugruppierung der Parteien vor sich. Wie nach der Wahlreform vom 1832 das Bürgertum allmählich die Macht des Parlamentes erobert, scheint nunmehr die Arbeiterpartei, die allerdings keine sozialistische Partei in unserem Sinne ist, diese Rolle zu übernehmen. Das Unterhaus hat aufgehört, eine Vertretung der feudalen Oberschicht zu sein. Heute ist es wirklich ein Ausdruck des englischen Volkes.

Dazu kommt ein Zweites. In den pazifistischen Strömungen des gegenwärtigen England spielt ein uraltes britisches Gefühlserbe eine nicht unbedeutende Rolle: der Puritanismus. Der gleiche Geist, der zur Gründung so zahlreicher Freikirchen, der Independanten, der Presbyterianer, der Methodististen geführt hat, der England zum Anwalt der Sklavenbefreiung machte, ist auch heute noch im englischen Volke lebendig, und niemand darf an seinen tiefen irrationalen Instinkten vorbeigehen, der sein Wesen erfassen will. In den Quäkern sind englische Demokratie und urchristliche Moralität in einer für England sehr charakteristischen Weise gemischt. Ihre Wirkung für die Kulturgeschichte Englands geht weit über die verhältnismäßig geringe Zahl ihrer eigentlichen Gemeinden hinaus. Man weiß aus der vorbildlichen Fürsorge dieser Männer für die deutschen Kriegsgefangenen in England, aus ihrem großartigen Liebeswerk für das nolleidende Deutschland und das hungernde Rußland, daß englisches Christentum eine wahrhafte Kraft ist. Aus diesem Geiste und der strengsten Einhaltung des fünften Gebotes ist auch während des Krieges die Bewegung der englischen Dienstverweigerer hervorgegangen, wenn sich auch keineswegs nur Quäker dem Kriegsdienst widersetzen. Auch zahlreiche Freidenker und Sozialisten waren darunter, die aus gleichen ethischen Gründen handelten, und die man deswegen „Conscientious Objectors“ (Dienstverweigerer aus Gewissensgründen) genannt hat. Biel zu wenig ist bei uns die Tatsache bekannt, daß wegen dieser Haltung über sechshundert von ihnen während des Krieges verhaftet und größtenteils zu schweren Kerkerstrafen verurteilt wurden. Viele sind damals im Gefängnis gestorben, andere verfielen dem Wahnsinn. Der jetzige Premierminister MacDonald hatte es sich während des Krieges zu seiner besonderen Aufgabe gemacht, für die Familien dieser für Jahre ins Zuchthaus verbannten Kriegesgegner zu sorgen.

Kürzlich brachte nun das Londoner illustrierte Blatt „The Daily Graphic“ eine eigenartige Photographie, die eine heitere Tischgesellschaft von 19 Abgeordneten des englischen Unterhauses darstellt, die alle während des Krieges wegen Dienstverweigerung im Gefängnis gefesselt hatten. Nichts kann meines Erachtens den Umschwung in der öffentlichen Meinung Englands deutlicher veranschaulichen als diese Tatsache, daß eine ganze Anzahl von Männern, die durch ihre Verurteilung zu Kerkerhaft auf Jahre hinaus des aktiven Wahlrechts beraubt wurden, heute von dem Vertrauen des Volkes getragen in das Parlament gewählt worden sind, und zwar in die Regierungspartei. Während meines Aufenthaltes in England fand in den Räumen des Parlamentes ein offizielles Festessen statt, das Stott Duffers zur Feier des Wahlsieges der Dienstverweigerer gegeben hat und an dem 50 ehemalige Dienstverweigerer teilnahmen, und zwar nur solche, die im Gefängnis gefesselt hatten. Stott Duffers, der Veranstalter dieses Festes, ein englischer Rechtsanwalt, ist eine sehr charakteristische Erscheinung für den von ihm vertretenen Typus des Engländers. Gewohnt, mit dem Zylinder auf dem Kopf, eine Blume im Knopfloch und den Stock unter dem Arm, als eine weltmännische Erscheinung aufzutreten, hat er es sich nicht nehmen lassen, in dem gleichen Aufzug (eine neue Blume im Knopfloch) auch vor der Tür des Gefängnisses zu erscheinen, mit jenem liebenswürdigen Lächeln auf den Lippen, das für englischen Humor so bezeichnend ist und das trotz ähnlicher ethischer Beweggründe den großen Unterschied erkennen läßt zu der gleichen Haltung etwa des von fanatischem Rassistismus erfüllten russischen Menschen. Man mag über dieses Verhalten der englischen Dienstverweigerer denken wie man will, an einem wird man jedoch nicht zweifeln dürfen, daß es diesen Männern, die allein in der ganzen westeuropäischen Welt den Mut hatten, sich gegenüber den brutalen Mitteln eines in seiner höchsten Macht befindlichen Militarismus durchzusetzen, wahrhaft erst ist um ihren Friedenswillen, und daß sie ihn auch als Mitglieder des Unterhauses vertreten werden.

Aber sie sind nicht die einzigen entschiedenen Anhänger des Friedensgedankens im neuen Parlament. Neben MacDonald wurde Lord Parmoor, der Vertreter Englands im Völkerbund, in das Kabinett gewählt, der schon durch seine Teilnahme als Redner auf dem internationalen Friedenstongress der Frauen in Haag im vergangenen Jahre sein Eintreten für die Revision der Friedensverträge bezeugt hat. Es gehören ferner dazu Bonsonby und E. D. Morel, Herausgeber der „Foreign Affairs“ und Führer der „Union of Democratic Control“, die beide fast als einzige den Mut hatten, sich in England mit Nachdruck gegen die einseitige Auffassung von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands zu



„Was, siebenstündige Arbeitszeit unter Tage? Glauben Sie, wir hätten die Nationalliberale Vereinigung, den Klub der Generaldirektoren nur zum Spaß gegründet?“

wenden. E. D. Morel ist jetzt für den Friedensnobelpreis in Vorschlag gebracht worden. Außerdem wurden etwa 30 entschiedene Anhänger einer sofortigen Weltabrüstung in das Parlament gewählt. Auch eine Frau, Margaret Bondfield, die in der englischen Arbeiterpartei eine besondere Stellung einnimmt, befindet sich darunter. Von den einfachsten Verhältnissen (sie war einst ein Warenhausmädchen) hat sie es bis zum Präsidenten der englischen Gewerkschaften gebracht. Wie MacDonald, von der Masse gewöhnlich als „Our Mac“ genannt, gehört sie zu den besonderen Lieblingen des Volkes, das sie gerne mit dem Ruf: „Go on Maggie!“ (Vorwärts, Maggie!) zu begrüßen pflegt. Von ihr stammt das ergreifende Wort, daß, wenn man überhaupt davon sprechen dürfte, daß ein befiegtes Volk Kriegsschulden zu bezahlen hat, Deutschland diese Schuld reichlich gezahlt hätte durch die Not seiner hungernden und sterbenden Frauen und Kinder! Endlich muß man im Auge behalten, daß von den 194 Abgeordneten der Labour Party 126 der Independent Labour Party angehören, die nicht, wie man in Deutschland vielfach glaubt, eine Partei neben der Labour Party, sondern nur eine, wenn auch sehr wesentliche Gruppe innerhalb dieser bildet, die seit Friedensschluß unermüdet gegen die Härten des Versailler Friedensvertrages angekämpft hat. Zieht man dies alles in Betracht, so wird man zwar nicht vergessen dürfen, daß diese nicht unbeträchtliche Gruppe von Männern und Frauen noch in der Minderheit ist, aber man wird doch sagen dürfen, daß das englische Parlament heute zu denjenigen in Europa gehört, in denen der Friedensgedanke die größte Zahl entschiedener Anhänger besitzt.

Aus dem Kreise der Independent Labour Party hat sich Anfang August vorigen Jahres auch das „British Bureau für Ruhr-Information“ gebildet, und es hat etwas Ruhrendes und für unser europäisches Weltbürgertum Befriedigendes zugleich, wenn man noch in den fernsten Provinzbüros dieser Partei in England und Schottland jenen erschütternden Bildern der Räte Kollwitz begegnet, die von der Not des hungernden Deutschlands zeugen. Der Aufklärungsarbeit dieser Büros verdankt aber Deutschland nicht nur reiche Spenden an die internationalen Hilfsfonds, sondern zum großen Teil auch die Aufrüttelung der englischen Meinung. Mag der passive Widerstand an der Ruhr auch nicht die ursprünglich damit beabsichtigten Ergebnisse gehabt haben, so ist doch seine Wirkung auf das englische Fühlen nicht zu unterschätzen. Neben der Stimmung gegen Frankreich verdanken wir nicht zum wenigsten dieser Wirkung die neue Achtung, mit der heute ein nicht geringer Teil in England den Deutschen begegnet. Auch hierin offenbart sich ein alter Zug des englischen Charakters; denn mag es auch oft die Logik englischer Ethik gewesen sein, denjenigen zu erschlagen, der sich nicht wehrt, so hat es doch stets in allem Nachhinein die Grenzen seiner Macht erkannt und auf die Dauer niemals seine Achtung dem Gegner verlagert, den es nicht niederwerfen kann. Nicht nur Gründe eigenen Vorteils haben es oft dazu bewogen, sondern auch das Gefühl, daß etwas gutzumachen sei.

Hier zeigen sich in der Außenpolitik die Ausstrahlungen ähnlicher religiöser Beweggründe, deren Wurzel wir oben im Puritanismus suchten. Auch hier haben die gleichen Kräfte dazu beigetragen, den englischen Willensdrang zu befruchten. Wie in jedem Engländer das Bewußtsein des Great Britanniens sum lebendig ist, beherrscht auch das Gefühl der Weltmission im Grunde das ganze Volk, nicht nur mit den Rechten, sondern auch mit dem Bewußtsein der sittlichen Pflichten einer solchen Aufgabe. Ist nicht in den alten Worten Edmund Hallers, daß der Himmel diese Insel errichtet hat, „Gesehe zu geben und Europa im Gleichgewicht zu erhalten“ nicht im Grunde derselbe Instinkt lebendig, der heute von England aus zur Gründung eines wahren Völkerbundes drängt? So kommen wir zu dem seit Jahren Ergebnis, daß Imperialismus und Internationalität in einer für England sehr bezeichnenden Weise nicht weit voneinander liegen. Auch manche konser-

vativen und liberalen Engländer fühlen sehr deutlich, daß der Völkerbund in mancher Hinsicht das Westreich entbehrenlich machen würde, denn auch in einem Völkerbunde, in dem alle Völker gleichmäßig vertreten sind, würde England und die angelsächsische Kulturidee kraft seiner Kolonien und Dominions und einschließlich des verwandten Amerikas aller Voraussicht nach die Oberhand gewinnen. Hier begegnen sich Weltoberung und pazifistische Kulturmission. Die englische Politik (mag das deutliche Hervortreten dieser Entwicklung vielleicht auch noch ferne liegen) schreitet so folgerichtig auf einem uralten Wege fort, nur daß den Entwicklungstendenzen der Zeit folgend, an Stelle der religiösen Empfindungswelt mehr eine freiheitlich-pazifistische zu treten beginnt. Der auf seine Selbständigkeit bedachte Deutsche mag einer solchen Friedensentwicklung, obwohl sie zurzeit die einzige ist, die ihm einen Weg zur Freiheit öffnet, vielleicht nicht immer mit rückhaltlosem Vertrauen entgegensehen, aber er wird dem politischen Genius Englands nicht seine Achtung verlagern können, der immer wieder bewiesen hat, daß er in den Weisungen seiner Staatsräte auch die geistigen Kräfte nicht außer acht läßt, die die Welt lenken.

Zentrum gegen die Nationalisten

Die Halle-Debatte im Landtag. — Finanzfragen. — Kreditnot der Landwirtschaft.

Der Landtag ging gestern zur ersten Beratung des Haushaltsplans für 1924 über.

Finanzminister Dr. v. Richter nimmt zur Begründung des Bort. In seiner Rede, die wir auszugswiese gestern in einem Teil der Abendausgabe wiedergeben, führte der Minister u. a. aus: Alles, was wir unter der früheren Geldentwertung gelitten haben, wäre ein Kinderpiel gegen die furchtbaren Folgen, die jetzt eine Erschütterung der Stabilität der Rentenmark haben müßte. (Sehr wahr!) Die Aufrechterhaltung der Währung ist der Zeitfaktor, der über diesen Staatsberatungen stehen muß. Alle Parteien haben darum die Pflicht, nicht durch ihre Wünsche die Bilanzierung des Etats zu gefährden. Es wäre nicht zu verantworten, wenn an irgendeiner Position des Haushalts die Ausgaben erhöht werden, ohne eine gleichzeitige Erhöhung der Einnahmen. (Beifall.)

Der neue Etat balanciert mit rund 2 310 000 000 Goldmark.

Dabei ergibt sich ein Defizit von 198 Goldmillionen, das unter allen Umständen ausgeglichen werden muß entweder durch Erhöhung der Einnahmen oder durch Verminderung der Ausgaben. Im Ansatz ist nicht genügend Kapital für innere Anleihen vorhanden. Für Anleihen aus dem Ausland ist aber die Voraussetzung, daß wir unseren Etat balancieren. Im Vergleich mit dem Etat von 1913 ist im neuen Etat eine wesentliche Verminderung der Ausgaben festzustellen. Darunter leidet freilich auch die Förderung notwendiger Kulturaufgaben; aber das ist eine Wirkung des verlorenen Krieges, mit der wir uns abfinden müssen. In der Forstverwaltung haben sich die Einnahmen gegen 1913 gesteigert, weil unter Vermeidung des Raubbaus der Einschlag um 10 Proz. erhöht worden ist. Andererseits sind die Ausgaben beim Ministerium des Innern gestiegen gegen 1913. Das ist ganz natürlich, weil die Schutzpolizei verstaatlicht worden ist. Beim Kultusrat erklärt sich die Steigerung der Ausgaben aus der Lebensnahme der Gemeindeausgaben auf den Staat. Die Ausgaben für die Volkswirtschaft sind gestiegen, weil hier dem Staat neue Aufgaben zugewiesen worden sind. Die Kreditnot hat die traurige Folge, daß wir auf Geldleihen, wo wir wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben erfüllen möchten, aus dem einfachen Grunde zurückhalten müssen, weil uns das Geld fehlt. Wenn wir durch Verhandlungen eine Besserung und Beruhigung unserer Gesamtsituation erreichen, dann wird auch der Tag da sein, wo wir aus laufenden Einnahmen werdende Anlagen machen können. Ich scheue nicht die Verantwortung bei schweren Aufgaben, aber es ist uns nichts so schwer und peinlich geworden als der Abbau der Beamten, der durch die Staatsnotwendigkeit geboten war. Das gilt auch für die Beamtengehälter, deren Unzulänglichkeit ich anerkenne. Das A und O unserer Finanzpolitik muß die Aufrechterhaltung der Währung sein. Das muß uns auch bei der Staatsberatung leiten. (Beifall.)

Die Besprechung des Haushalts wird auf Montag vertagt.

Dann wird die Besprechung der Interpellationen über

die Vorgänge in Halle

fortgesetzt.

Abg. Dietrich (3.): Die Benutzung der Wiedererweihungsfeier des Rolke-Denkmal als einer völkischen Demonstration hat weder dem Charakter des zu Frieden, noch den Empfindungen weiter Völkereise entsprechen. Die einschränkenden Verfügungen der Regierung gingen nicht weit genug. Der kommunistische Gegenzug des „Arbeitertages“ hatte unteigbar den Zweck, jene Veranstaltung zu stören. Es ist dabei Blut geflossen, und es hat tote gegeben. Die völkische Agitation hat eine besondere Note durch die Reden erhalten, die bei dieser Gelegenheit gehalten worden sind. Wer sich so für das deutsche Kaiserium begeistert, ist kein wahrer Vaterlandsfreund, und wenn er Ludendorff heißt. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Auch die Rede Düstere trägt den gleichen höchst bedenklichen Stempel. Nur ernstes politisches Wollen und ausgeprägtes Verantwortungsgefühl, nicht vaterländischer Rausch kann uns retten.

Wir lehnen den Ludendorffischen Geist ab, wir lehnen den nationalisierenden Geist der vaterländischen Verbände ab, aber auch den entwürdigenden Geist dieser Verbände!

In Sachen wird von den Stahlschmiedeleuten der Krieg gegen die „Schwarzen“, gegen das Zentrum, offen gepredigt; in Bayern und überall, wo die Majorität haben, ist man vorsichtiger. In den Organen der Völkischen werden die Hitler-Partei-gänger als Heiden gepriesen und die sittliche Rechtfertigung des Hochverrats versucht.

Wie kommt es, daß für diese Verbände soviel Geld für ihre Ausstattung, für ihren Unterhalt, ihre kostspieligen Veranstaltungen und Festtage vorhanden ist, während für unsere hungernden deutschen Kinder im Auslande der Bettelstab geschnitten werden muß?

Auch wird offenbar ein wenig mit zweierlei Maß gemessen, wenn anderswo verboten wird, was man in Halle glauben gestatten zu müssen. Statt der Schicksalsgemeinschaft, zu der uns die Not längst hätte zusammenschweißen müssen, sehen wir immer noch innere Fehden und Kämpfe. Zurück zum christlichen Geist, sonst ist keine Rettung! (Beifall im Zentrum.)

Abg. Killian (Komm.): Die Aussprache hat gezeigt, daß der Aufmarsch der Faschisten sein Ziel, Herrn Seevering bloßzustellen, trefflich erreicht hat; das Rückzugsgesicht, das Herrn Seevering entfallen sollte, ist durch Seevering selbst wirkungsvoll gemacht worden, indem er die Verantwortung für die unerhörten Vorkommnisse in Halle, für die hallische Faschistenparade, voll und ganz übernahm. Abg. Killian (Komm.) weist darauf hin, daß der von den Kommunisten nach Halle einberufene Arbeitertag an sich nicht verboten war, sondern daß nur Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel nicht genehmigt waren. Die Veranstaltung im Volkspark war ausdrücklich genehmigt. Empfindend war die Parteiführ-

Zeit der Polizei in Halle. Geschlossene Züge von 90 bis 100 Mann durften unbehelligt die Polizeisperre passieren, wenn sie von uniformierten Stahlhelmläutern geführt wurden. Dagegen wurden alle Leute, die wie Arbeiter aussehen, von der Polizei zurückgehalten. Severing wollte Halle von Arbeitern freihalten, damit Ludendorff bei seiner Monarchistenparade nicht gekürt würde. Wenn er jetzt behauptet, die Kommunisten hätten keine Polizei am Einmarsch gegen die schwarzweißroten Demonstrationen gehindert, so ist das ausgemachter Schwindel. (Beifall bei den Komm.) Die getöteten Arbeiter haben nicht angegriffen, sondern sie sind auf den leichtfertigen Befehl eines Offiziers hie erschossen worden. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Anwohner ist auch der erschossene Schutzpolizist durch die Blindlings von einem nervösen Offizier abgegebenen Revolvergeschosse getroffen worden. Das ergibt sich aus einer Photographie, die ich auf den Tisch des Hauses niederlege. Eine Reichswehrkapelle hat bei dem Umzug der Fahnen das Ehrhardt-Lied und „Heil dir im Siegertranz“ aufgespielt. (Beifall bei den Komm.)

Abg. Dreßler (Soz.)

bezeichnet die Feier in Halle, als eine Veranstaltung der Feinde der Republik. So wie die Faschisten es treiben, diene man nicht dem Lande. Die Weimarer Verfassung sei gut, wenn der Reichsfaschismus und der Unfaschismus nicht wäre, dann brauchte der Artikel 48 überhaupt nicht angewandt zu werden. Die Kommunisten hätten von je nichts anderes gelan als die Wälfischen. Ernsthast zu bedeuten sei, wer sich von solcher Heuchelei, wie sie die Kommunisten zeigen, verführen ließe. Die die Feier in Halle veranstaltet hätten, hätten sich klüger benommen als die Kommunisten. Eine rote Zentrale sei Halle einmal gewesen; nachdem die Kommunisten in Halle aufgetaucht seien, hätte eine bürgerliche Mehrheit die Arbeitermehrheit abgelöst. Die Kommunisten dürften sich nicht als Träger der Republik aufspielen, sie seien die wirklichen Förderer der Faschisten. Die Tonart der kommunistischen Auftrufe zum halleschen Arbeitertag habe die Polizei geradezu zum Verbot gezwungen. Die Sozialdemokratie werde die Republik gegen ihre Feinde verteidigen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Heidenreich (D. Sp.) nimmt die wälfischen Verbände gegen die Angriffe der Redner des Zentrums und der Demokraten in Schutz.

Damit schließt die Aussprache. Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Interpellationen sind damit erledigt.

Es folgt die am Dienstag vertagte Aussprache über die Anträge auf

Hebung der Kreditnot der Landwirtschaft.

Abg. Schäfer (D. Sp.) verurteilt die übermäßige Erhöhung der Zinsen und kritisiert die Tätigkeits der Reichsgetreidestelle, die es verschuldet habe, daß große Mengen Getreide durch schlechte Lagerung für die Volksernährung unbrauchbar geworden sind. Bei dem unzureichenden Staatskredit sei die Landwirtschaft auf Privatkredit angewiesen, dessen hohe Verzinsung die Produktion außerordentlich verteuere. Im Interesse der Volksernährung seien staatliche Maßnahmen zur Hebung der Kreditnot unerlässlich.

Abg. v. Winterfeldt (Dnat.) verlangt verstärkte Rentenkredite für die Landwirtschaft. Das Sachverständigengutachten sei mindestens in dem Punkte unannehmlich, wo es die Liquidierung der Rentenbank verlangt. Die Rentenbank müsse vielmehr in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Landwirtschaft die dringend notwendigen Betriebsmittel beschaffen.

Landwirtschaftsminister **Dr. Wendorf** sieht die Erklärung für die gegenwärtigen Produktionschwierigkeiten der Landwirtschaft in dem Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche Produkte und alle übrigen Waren. Während die meisten Preise, vor allem aber die Getreidpreise, weit über dem Friedensstand sind, stehen die Preise bei der Landwirtschaft tief darunter. Dieses Mißverhältnis wird

auf dem Wege der Zinsgesetzgebung

hald ausgeglichen werden müssen. Der Kreditnot der Landwirtschaft kann heute selber nur auf dem Wege des kurzfristigen Personalkredits abgeholfen werden. Landwirtschaft und landwirtschaftliches Gewerbe werden am Kredit der Rentenbank mit rund 845 Goldmarken beteiligt sein. Unmittelbaren Reichsbankkredit erhält die Landwirtschaft in Höhe von 150 Millionen. Ich verhandle seit längerer Zeit mit der Reichsbank darüber, daß der Kredit erhöht werde und daß er ausschließlich der Landwirtschaft zugute kommen möge. Es besteht Aussicht auf Erhöhung der Kredite. Die Rentenbankkredite reichen nicht aus, um den Kreditbedarf der Landwirtschaft zu decken. Ich bemühe mich seit längerer Zeit bei der Reichsbank um eine Ermäßigung des Zinsfußes. Das wird aber kaum zu erreichen sein. Dagegen müßte zu erreichen sein, daß die Kredite bis nach der Ernte prolongiert werden. Langfristige Realcredite werden bei der Geldknappheit aus dem Inland kaum für die Landwirtschaft zu beschaffen sein. Die Vertreter der Großbanken bemühen sich um die Heranziehung von Realcrediten aus dem Ausland, sie halten aber den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für günstig. Um die Belastung deutschen Bodens mit ausländischen Hypotheken zu vermeiden, wäre es zweckmäßig, daß der ausländische Kredit an die Reichsbank geht und diese dafür Rentemerkredite ausgibt. Durchaus annehmbar wäre der Antrag der Deutschnationalen, daß die Rentenbank zu einem zentralen landwirtschaftlichen Kreditinstitut gemacht wird. Vor der Lösung der wirtschaftlichen Probleme im Westen werden wir immer nur Teillösungen in der Kreditfrage bieten können.

Abg. Jacoby-Rauff (Z.) weist auf die besondere Notlage der kleineren Landwirte hin. Die Landwirtschaft im besetzten Gebiet sei vor allem in bedrängter Lage und bedürfe dringend der Staatshilfe.

Um 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Montag, den 26. Mai, 11 Uhr vormittags, vertagt. Außerdem Staatsberatung und Anträge zur Bergarbeiteraussperrung.

Ein Wort für die Kriegsblinden.

Der neue Reichstag und das Reichsversorgungsgesetz.

Der Reichstag ist nunmehr neu gewählt, und an den Männern der Volksvertretung liegt es, Taten zu zeigen, und nicht nur schöne Reden zu halten. Dem Reichstoge aber liegt eine Reihe von Gelegenheiten vor, bei deren Beratung der Wille zur Tat gezeigt werden muß. Da ist in erster Linie das Reichsversorgungsgesetz, das bisher für die versorgungsberechtigten Kriegsoffer völlig unzureichend geblieben ist und daher einer schnellen und gründlichen Revision unterzogen werden muß. Schon im Frühjahr v. J. als unter der Regierung des Herrn Cuno die große Novelle zu diesem Gesetz geschaffen wurde, waren sich alle Parteien des Reichstages im Klaren, daß auch mit dieser Novelle die Bedürfnisse und

Allgemeine Funktionärkonferenz

Dienstag, den 27. Mai 1924, abends 7 1/2 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15 (großer Saal).

Tagesordnung:

„Das Sachverständigengutachten“.

Referent: Genosse Rudolf Wissell, M. d. R.

Zutritt haben alle Parteifunktionäre gegen Vorzeigung von Mitgliedsbuch und Funktionärausweis für 1924.

Ansprüche des vom Gesetz betroffenen Personenkreises keineswegs befriedigt seien. Seit dieser Zeit ist wesentliches zur Vnderung der Not der Kriegsbeschädigten nicht geschehen. Inzwischen haben wir die Inflationszeit durchgemacht und jeder von uns, wenn er nicht gerade zu den Inflationsgewinnlern und Sachwertbesitzern zählt, hat am eigenen Körper die Entwertung seines Einkommens, insbesondere die der Versorgungsgebührrnisse nach dem RRG, erfahren, die täglich größer wurde. Ein besonderes Glanzstück aber hat sich die bürgerliche Regierung des alten Reichstages bei der nach der Inflationszeit aufgestellten Umrechnung der Versorgungsgebührrnisse in Goldmark geleistet. Die Not unter den Kriegsbeschädigten kam auf einer Konferenz der deutschen Kriegsblinden am 1. März dieses Jahres in Berlin in erschütternder Weise zum Ausdruck.

Unwillkürlich fragt man sich, wie es möglich sein kann, daß heute, 5 1/2 Jahre nach Kriegsende, noch derartige Notstände aus den Reihen derjenigen laut werden, die das größte Opfer, das Opfer des Augenlichts, dem Vaterlande brachten. Und doch können sich die gegebenden Kreise trotz aller Eingaben nicht bereit erklären, die Not und Entbehrung dieser vom Schicksal so hart Betroffenen schnell und wirksam zu lindern. Wo bleibt hier das nationale Empfinden, wo die nationale Pflicht? Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen machen nicht einmal vor diesen Schwerbeschädigten halt. Sollen diese Verordnungen, die insbesondere auch den Kriegsblinden erneut schwere Schädigungen gebracht haben, etwa die verheißene 2. Novelle zum RRG, bedeuten. Anstatt den Kriegsblinden, die Gesundheit und Existenz verloren, das zum Leben Notwendigste zu gewähren, fordert man heute noch ganz erhebliche Opfer von ihnen. Bereits in der Nr. 161 und 207 d. Bl. wurde in den kurzen Aufsätzen „Bergessen, Kriegsblind“ und „Das Los der Kriegsblinden“ auf die Mängel des Reichsversorgungsgesetzes hingewiesen. Außerdem legen die 500 Petitionen, die noch am 7. März 1924 dem sozialpolitischen Ausschuss des alten Reichstages vorgelegt haben, genügend Zeugnis von diesen Mängeln und der Not der Kriegsoffer ab. Der Desinteresse und insbesondere den sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern sei hiermit das dringende Ersuchen unterbreitet, umgehend die nötigen Schritte einzuleiten, um endgültig Wandel in der Versorgung und eine fühlbare Aufbesserung der Versorgungsgebührrnisse der Kriegsblinden zu schaffen. Ihre Forderungen sind den maßgebenden Stellen zur Genüge bekannt. Nur wer instande ist, sich in den Zustand des Blindseins hineinzufühlen und hineinzudenken, vermag zu ermessen, daß die Versorgungsgebührrnisse in keinem Verhältnis zu den tatsächlich entstehenden Unkosten des Kriegsblinden stehen.

Englischer Pazifist und deutscher General.

Ein Brief an Herrn v. Seeckt.

Wir werden um Abdruck folgenden Briefes ersucht, den der englische Pazifist J. Fowler Shone an General v. Seeckt gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr!
Wollen Sie mir, einem englischen Pazifisten, der stets, vor und seit dem Kriege, für Freiheit, Gerechtigkeit und Freundschaft mit dem deutschen Volke eingetreten ist, einige Worte bezüglich Ihres Briefes an Professor Quide erlauben?

Vor dem Kriege habe ich mich mit Deutschen sowohl in England wie in Deutschland befreundet. Ich war Mitglied der Britisch-Deutschen Freundschaftsgesellschaft. In Versammlungen von liberalen Verbindungen und anderweitig habe ich stets Opposition gegen Sir E. Grens Veruche gemacht, England für französische und russische Revancheeiden zu gewinnen.

Nach Ausbruch des Krieges versuchte ich mit zwei Freunden, ein Komitee „Endet den Krieg“ zu gründen, dessen Literatur bald von der Regierung unterdrückt wurde. Ich wurde dann Sekretär der Verbindung für Friedensarbeit, die viele Flugblätter gegen den Krieg druckte und verbreitete. Endlich, nach einigen inter-

essanten Erfahrungen, wurde ich wegen einer derselben verhaftet und war einige Monate im Gefängnis.

Nachdem ich freigelegt war, gründete ich einen Bund für „Weltfreundschaft“. Durch diesen sandte ich nach der Friedensverklaerung den ersten Gruß von England an das deutsche Volk, der von vielen einflussreichen Engländern und Engländerinnen unterzeichnet war, und der in mehreren deutschen Zeitungen veröffentlicht wurde. Ich habe eine Anzahl von Flugblättern geschrieben und drucken lassen, in denen ich die Blockade von Deutschland nach dem Kriege, den Vertrag von Versailles und Frankreichs Politik an der Ruhr und im Rheinland verdammt. Sie werden, ich bin sicher, zugeden, daß ich ein Freund Deutschlands bin.

Ich bin natürlich vollständig einig mit Ihrer Ansicht, daß Deutschland von den verbündeten Staaten schlecht behandelt wurde. Auch bin ich Ihrer Meinung, daß es eine Schande wäre, wenn ein Deutscher für den Vertrag von Versailles einstehen würde, der auf der lügenhaften Annahme gegründet ist, daß Deutschland allein die Schuld an dem Kriege trage. Der Vertrag ist Vertrauensbruch an Deutschland und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er müßte so bald als möglich revidiert oder zerrissen werden. Viele von uns in England werden nicht ruhen, bis dieses geschieht.

Ich habe Professor Quides Brief nicht gesehen und bin daher nicht klar über denselben. Wenn Prof. Quide der Ansicht sein sollte, daß es eine moralische Pflicht Deutschlands sei, den Vertrag auszuführen, so bin ich durchaus dagegen. Der Vertrag ist Uebermaß und Inzornie diktiert worden; er widerspricht die Bedingungen des Waffenstillstandes und hat keinen moralischen Wert. Jedoch wenn Professor Quide nur meint, daß es unter bestehenden Umständen Flug von Deutschland wäre, ihn so weit wie möglich zu erfüllen, so bin ich mit ihm einverstanden. Ich bin überzeugt, daß ein solches Verhalten viel zu einem friedlichen Einverständnis beitragen würde. Ich gebe zu, daß es sehr hart für Deutschland sein muß, seine Empörung zu unterdrücken. Doch ich bin ein grundsätzlicher Friedensfreund und bin sicher, daß internationaler Pazifismus für Deutschland jetzt der sicherste und kürzeste Weg ist, um seine Stellung im vorderen Range der Nationen, der ihm zukommt, wieder einzunehmen. Gewalt kann den Sieg der Gerechtigkeit nur hinauschieben.

Hochachtungsvoll

J. Fowler Shone.

Aus der Partei.

Ludwig Franks 50. Geburtstag.

Heute vollenden sich fünfzig Jahre seit dem Tag, an dem Ludwig Frank, der früh Gefallene, geboren wurde. Am 5. September d. J. runden sich die ersten zehn Jahre seit seinem Soldatentode. Der Mann, der als kaum Bierjähriger schon eine glänzende politische Laufbahn hinter sich hatte, war eine der stärksten Regierungen und einer der lautesten Charaktere, die in der deutschen Arbeiterbewegung in Erscheinung getreten sind, er vereinigte in sich alle Eigenschaften, die ihn zum Führer der Partei und des ganzen Volkes in schwerster Zeit berufen hätten. Ein leidenschaftlicher Freund aller Notleidenden und Unterdrückten, ein treuer Sohn seines Volkes und seiner bairischen Heimat, ein Vorkämpfer der internationalen Völkerverständigung — so stand Frank vor uns da, als die Katastrophe des Weltkrieges über ihn und uns alle hereinbrach.

Als Mann des raschen Entschlusses und der kraftvollen Tat gestellte sich Ludwig Frank zu denjenigen, die freiwillig ins Feld gingen. Er, der Friedensfreund, tat das nicht in plötzlicher Kriegsbegeisterung, sondern aus tiefster Sorge um das Schicksal Deutschlands, das auf allen Seiten von Gegnern umstellt war, und in der Abtcht, durch die Tat zu beweisen, daß das Bekenntnis seiner Partei zur Verteidigung des Landes in schwerer Gefahr ernst war. Was er als Preis der gebrauchten Wutopfer erhoffte, war nicht Eröberung und Unterjochung fremder Völker, nicht neuer Glanz für das alte System, sondern ein gesicherter dauernder Frieden und die deutsche Demokratie. Durch ihr Eintreten für das eigene Land, durch seine Rettung aus schwerster Not sollte die deutsche Arbeiterklasse die Macht gewinnen, seine Geschicke entscheidend zu beeinflussen.

Für diesen politischen Gedanken hat Ludwig Frank, wie er es in allem und jedem getan hat, seine ganze Persönlichkeit eingesetzt, ihm hat er sich selber zum Opfer gebracht. Kein Schatten fällt auf die reine Größe seiner Tat.

Die Verblendung der Herrschenden hat das Opfer, das Frank als einer unter Millionen brachte, fruchtlos werden lassen. Der „Siegfrieden“, nach dem sie sich in völliger Verkennung der tatsächlichen Machtverhältnisse heiser geschrien hatten, wurde Deutschland von den wirklichen Siegern aufgelegt. Die Demokratie, im Zusammenbruch gewonnen, ringt schwer um ihren Bestand.

Von dem Tod Ludwig Franks meldet im Reichstag, dessen glänzendster Redner neben Bebel er gewesen war, auch nicht die einfachste Gedenkstafel. Handelte es sich an keiner Stadt um einen deutschen nationalen Führer, wieviel „Deutsche Loge“ wären schon zu seinen Ehren abgehalten worden! Aber daß es von den Abgeordneten des Reichstages nur ein „jüdischer Morzist“ und ein Weisk, Herr v. Redun, waren, die für Deutschland ihr Leben ließen — das ist eine Tatsache, an die man nicht gern erinnert sein will.

Doch was sind Gedenkstafeln und Monumente! Im Herzen des deutschen arbeitenden Volkes lebt die Gestalt Ludwig Franks. Und denen, die Deutschland in den Abgrund gestochen haben, wird sie immer stärker entgegenstrahlen als ein Rinder der Wahrheit und ein fürchtbarer Ankläger. Jene leben, klägliche Reste einer Vergangenheit, die von der Geschichte gerichtet ist, der tote Ludwig Frank aber wächst in die Zukunft hinein!

KORREKT

REIN ORIENTALISCHE TABAKE.
HOCHWERTIGE QUALITÄT.

ZIGARETTEN

SPECIAL-MARKEN:

BLAUROSE 38
KARNAKIS 44
MOHAR 58
SOUS 64
MAZARA 65
MOHAR LUKUS 88

RICHTER
STGLITZ

Wirtschaft

60 Jahre Konsumgenossenschaftliche Verbandstätigkeit

Am 24. und 25. Mai wird der Verband ostdeutscher Konsumvereine, dem 144 Genossenschaften der Provinzen Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Ost- und Westpreußen angehören, seinen sechzigsten Verbandstag in Ralberg abhalten. Von den Genossenschaften, die an der Gründung des Verbandes beteiligt waren, besteht heute nur noch der Konsumverein „Fortschritt“ zu Bernau. Im gleichen Alter stehen bis auch noch heute wirkenden Genossenschaften in Jinsforwalde und Stettin, die aber erst nach der Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1903 dem Verbande beitraten, während in den ersten Jahren nach der Gründung die noch bestehenden Genossenschaften in Ralberge (Mark), Nüterbog, Ludenwalde und Kloster Zinna der Verbandsarbeit reges Interesse entgegenbrachten.

Der erste Verbandstag, über den genaue Aufzeichnungen bestehen, fand am 26. Juli 1868 in Berlin statt, auf dem außer sechs Berliner Genossenschaften diejenigen in Charlottenburg, Brandenburg (Havel), Ludenwalde (Vorpommern) und die Genossenschaftsbücherei Berlin vertreten waren.

Von besonderem Wert dürfte die Feststellung sein, daß die Berufstätigkeit der Mitglieder für das Jahr 1870 den Nachweis erbringt, daß auch in den Anfängen der Genossenschaftsbewegung die Arbeiterschaft die Trägerin der Bewegung war. Gleichzeitig geben aber auch die Gegenüberstellungen der Berufstätigkeiten für 1870 und 1913 (dem letzten Jahre vor dem 30jährigen Verbandstag) und die Statistik für 1923 ein anschauliches Bild von der Entwicklung des Verbandes, die dieser während dieses 60jährigen Bestehens genommen hat. Die Berufstätigkeiten weisen folgende Beteiligungen auf:

	1870	1913	1923
Selbständige Gewerbetreibende	760	8709	17652
Selbständige Landwirte	7	2463	9097
Angestellte der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte	154	1872	28895
Gegen Gehalt oder Lohn Beschäftigte			
Personen in gewerblichen Betrieben	1412	184480	270897
Gegen Gehalt oder Lohn Beschäftigte			
Personen in landwirtsch. Betrieben	60	4889	20581
Personen ohne bestimmten Beruf	87	9070	34287
Insgesamt:	2490	211789	880889

Aus Vorstehendem sehen wir, daß anfangs der Genossenschaftsbewegung an ihr auch die selbständigen Kräfte und die Beamten stark interessiert waren, aber infolge behördlichen Druckes, der in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf die preussischen Beamten ausgeübt wurde, deren Beteiligung nur zu einem geringen Bruchteil der Gesamtmittelgliederzahlen erscheint. Erst die gemeinsamen Erfahrungen der Kriegsjahre, in denen auch die Genossenschaften ihre gemeinnützige Tätigkeit ins beste Licht rücken konnten, brachten eine gerechtere Einstellung der Behörden zur Genossenschaftsbewegung, wodurch auch die Anteilnahme der Beamten eine stärkere wurde und infolgedessen die Beteiligung der Handwerker trotz starker Beteiligung derselben dennoch proportional herabgedrückt wurde. Bei den Neugründungen in der Nachkriegszeit sind die Beamten auch ein sehr starkes, die Gründungen sehr befruchtendes Element geworden, wie auch eine recht starke Anteilnahme der Landwirtschaft eingetreten ist.

Hatten die Genossenschaften in den Vorkriegsjahren einen schweren Kampf gegen Verkümbungen und behördliche Bekämpfung im einseitigen Interesse des gewerblichen Mittelstandes zu führen, so wurde die Entwicklung der Genossenschaften in den letzten Jahren durch die Wirtschaftslage im Kriege und in den Nachkriegsjahren stark beeinträchtigt.

In den Kriegsjahren und auch noch darüber hinaus hemmte die Zwangswirtschaft aller notwendigen Bedarfartikeln die Entwicklung; es mußte andauernd ein schwerer Kampf gegen Kommunalverbände geführt werden, die ebenfalls im Interesse der Erhaltung des Mittelstandes — also nur einer kleinen Schicht des gesamten Volkes — die Bekämpfung der Genossenschaften forsetzten und die ihnen entsprechend den Mittelgliederzahlen benötigten Waren vorenthielten. Erst nach der Beendigung des Krieges widerfuhr auch uns nach

ununterbrochenem zähen Kampfe Gerechtigkeit, gegen deren Schmälerung wiederholt in der Deffektivität, mittels Eingaben an die Behörden und an die gegebenden Körperschaften angekämpft werden mußte. Es ist auch heute noch festzustellen, daß die Genossenschaften steuerrechtlich benachteiligt werden, weil die Parteien des Reichstages, die Parlamente und die Stadtvertretungen noch immer unter dem Einfluß des gewerblichen Mittelstandes stehen, die nicht aufhören, den Konsumgenossenschaften die Schuld an ihrem Niedergange zuzurechnen. Wir erinnern nur an die von den Genossenschaften zu Unrecht verlangte Umsatzsteuer und die preussische Gewerbesteuer.

Eine recht schwere Beeinträchtigung haben die Konsumgenossenschaften in den letzten Jahren durch die andauernde Entwertung unseres Zahlungsmittels erlitten, und die rasende Inflation des letzten Jahres hat besonders den Genossenschaften recht fühlbare Substanzverluste zugefügt.

Jetzt gilt es, wieder aufzubauen, die entstandenen Schäden zu beseitigen. Es gilt jetzt, die verlorengegangenen Betriebsmittel durch schnellste Einzählung auf die neu fehlgeleiteten Geschäftsanteile zu ergänzen. Wenn das in die Geldwährung geleichte Vertrauen nicht lüchelt und wenn eine vernünftige Politik im Innern und erst recht eine solche nach außen den Wiederaufbau begünstigt, dann wird auch in Kürze die Konsumgenossenschaftsbewegung wieder ihre Überlegenheit über den privaten Handel weiterhin beweisen können und noch stärker als in den Vorjahren den Kampf um eine neue Warenverteilungsmethode aufnehmen und auch durch ihre Eigenproduktion günstig beeinflussen. Der eingeschlagene Weg, der sich bisher bewährt hat, wird sicher zur angestrebten Gemeinwirtschaft führen.

Der Zusammenbruch der „Siemens“ Elektrische Betriebe.

Die bürgerlichen Politiker erklären bekanntlich die privatkapitalistische Produktionsweise für das allein feigmachende System der Wirtschaft. Sie halten an dieser Behauptung fest, trotzdem angeblich fast jeder Tag Beweise des Gegenteils liefert. Kürzlich fand die diesjährige Generalversammlung der „Siemens“ Elektrische Betriebe Akt.-Ges. in Hamburg statt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gesellschaft, Herr Dr.-Ing. C. F. v. Siemens, machte dabei in einer Rede Mitteilungen, die ein besonders krasses Beispiel dafür sind, in welchen Stumpf die privatkapitalistische Wirtschaft unter Umständen hineinläuft. Herr v. Siemens führte etwa aus:

Die Gesellschaft hat schwere Kriegsverluste im Ausland erlitten. Ihre Beteiligungen an Zentralen in Ligurien, Toscana, Umbria, Perugia, Messandria sind durch den „Raub der Feinde“ verloren gegangen. Die deutschen Zentralen Hof und Weimar wurden auf Grund der Konfiskationsverträge zu Papierwerten von den Sowjets übernommen. Das Elektrizitätswerk Moskau und die Beteiligungen an den Nordböhmischen Elektrizitätswerken Akt.-Ges. und den „Siemens“ Elektrischen Betrieben G. m. b. H. in Turn-Tenlyh hat die Gesellschaft unter Geldverlusten verkaufen müssen, um ihre deutschen Betriebe am Leben zu erhalten. Die Gesellschaft hat Obligationen-Anteile in deutscher Mark und in schweizerischen Franken aufgenommen. Sie vermag weder die deutschen noch die schweizerischen Gläubiger zu befriedigen. Die Aktionäre werden auf Grund der Goldbilanzverordnung mit einer starken Herabsetzung des Nominalwertes ihrer Aktien zu rechnen haben. Die Gesellschaft steht unter Geschäftsaufsicht.

So weit der Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden. Es mag dahingestellt bleiben, was an diesem katastrophalen Untergang auf Konto des allgemeinen deutschen Zusammenbruchs, was auf Konto einer offenbar unfähigen Verwaltung zu rechnen ist. Jedenfalls ist das Bild, das sich hier entrollt, sehr trübe. Man sage nicht, daß die Summen, die die Aktionäre und die Obligationäre verlieren, private Gelder sind, und zwar verloren durch jene privatkapitalistische Wirtschaftspolitik, die überall im Ausland Geschäfte zu machen suchte, und die den Kampf um die Weltmärkte ungeheuer verschärfte. Es schließlich der Krieg 1914/18 diese ganze deutsche Expansion in das Ausland gewaltsam liquidierte. Das Schicksal der „Siemens“ Elektrische Betriebe ist um so beweiskräftiger, als es sich hierbei nicht um eine beliebige kleine Firma handelt, sondern um ein Glied

des großen Siemens-Schuckert-Konzerns, der seinerseits ein Bestandteil der von Hugo Siemes begründeten Rhein-Eisen-Union ist. Die Leute, die uns immer die Überlegenheit des privatkapitalistischen Systems preisen, haben als Wirtschaftspolitiker ihren Befähigungsnachweis jedenfalls nicht erbracht. Diese Leute sollten nicht unter Geschäftsaufsicht gestellt, sondern der Aufsicht einer starken, das Allgemeininteresse währenden Staatsgewalt unterworfen werden. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.
Dr. R.

Die Beamten fordern Preisabbau.

Die Spitzenverbände der Beamten haben eine Prüfungskommission eingesetzt, die sich in einem längeren Gutachten mit der Notwendigkeit und der Möglichkeit eines Preisabbaues beschäftigt hat. Das Gutachten stellt fest, daß die überhöhten Preise (insbesondere für Textilien eine schwere Gefahr für die rasche Überwindung der Wirtschaftskrise sind und daß von den Behörden nicht die erforderlichen rigorosen Maßnahmen getroffen wurden, um eine weitere Steigerung der Preise zu verhindern. Sie fordert eine zentrale Leitung der auf den Preisabbau hinwirkenden Instanzen und verlangt im einzelnen folgende Maßnahmen:

Zusammenfassend kann daher folgendes gesagt werden:
1. Grundsätzlich: Eine Senkung des Preisniveaus durch behördliche Eingriffe ist möglich und muß im Interesse der Volkswirtschaft sofort vorgenommen werden.

2. Die gesetzlichen Unterlagen vom 13. Juli 1923 und der auf ihnen aufgebaute Preisprüfungsapparat sind zu diesem Zwecke im vollen Umfange aufrecht zu erhalten und zu vervollständigen.

a) Die Preisprüfungsstellen und ihre Arbeiten müssen in stärkerem Maße nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitet werden.

b) Die den Händlern zugebilligten Gewinnspannen sind streng nachzuprüfen und tunlichst abzubauen.

c) Die bisher erteilten Handelserlaubnisse sind sofort nachzuprüfen mit dem Zweck, die Zahl der Großhändler zu verringern. Entsprechende Maßnahmen sind für den Kleinhandel zu treffen.

d) Die Methoden der Erteilung der Handelserlaubnisse sind zu vereinfachen. Die Verordnung über Handelsbeschränkungen ist zu erweitern und zu modernisieren.

e) Strengere Anwendung der Verordnung über Auskunftspllicht, zwecks Ermittlung der Lagerbestände der gewerblichen und Handelsunternehmungen.

f) Sinngemäße Anwendung bzw. Ausdehnung der Bestimmungen der Preisstreikverordnung auf den Aktien- und Zwischenhandel mit Geld bzw. Krediten.

3. Publikation der vom Reichswirtschaftsministerium einzelnen Handels- und Industrieverbänden gemachten schriftlichen oder mündlichen Zusicherungen bezüglich Preisgebung.

4. Schärferes Durchgreifen des Reichswirtschaftsministeriums auf Grund der Kartellagerechtsverordnung, gegenüber der Preispolitik der Rohstoff- und Halbfabrikatproduzenten.

5. Aufhebung des Einfuhrverbotes für Textilien.

6. Schaffung gesetzlicher Unterlagen zum Ersatz von Handelsverboten auch bei den Unternehmungen, welche nicht mit Gegenständen des täglichen Bedarfs handeln (Banken).

7. Keine Exklusivschwächung durch Beamtenabbau. Wiedereinsetzung des preussischen Landespolizeiamtes.

8. Abbau der Umsatzsteuer.

Wir vermissen unter den hier vorgeschlagenen Maßnahmen, die im einzelnen manche wertvolle Anregung enthalten, die Forderung nach Kreditbeschränkungen und nach einer Abänderung der Geschäftsaufsichtsverordnung; gerade die letztere ist heute für viele Warenproduzenten und Händler eine wirksame Handhabe, Warenbestände festzuhalten, anstatt sie zu billigen Preisen abzustufen. Diese wirtschafts- und währungspolitische Beeinflussung der Preise muß unter allen Umständen verschärft fortgesetzt werden.

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. — Die stundenlang anhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.

ZAHNCREME MOUSON

Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. — Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

J. G. MOUSON & CO. Gegründet 1798 in Frankfurt a. M. • Hersteller des weltbekannten Hautpflegemittels CREME MOUSON

Besonders billiges Angebot!

Herren-Sacco-Anzug 50⁰⁰
farbig, moderne Form . . . M.
M. 55.—, 60.—, 75.—, 82.— bis 90.—

Herren-Sacco-Anzug 75⁰⁰
aus Gabardine, neueste Machart . M.
M. 80.—, 95.—, 120.— bis 150.—

Herren-Sacco-Anzüge 70⁰⁰
blau . . . M.
M. 75.—, 80.—, 90.— bis 110.—

Herren-Beinkleider 9⁰⁰
gestreift, schwarz und blau . . . M.
M. 10.50, 12.50, 15.—, 17.— bis 23.—

Herren-Frühjahrs-Ulster 52⁵⁰
M. 57.50, 62.—, 65.—, 75.— bis 120.—

Herren-Gabardine-Mäntel 85⁰⁰
M. 92.50, 95.—, 105.—, 115.—, 135.— bis 155.—

Imprägn. Herren-Mäntel 37⁵⁰
M. 39.—, 60.—

Herren-Gumm-Mäntel 27⁵⁰
M. 31.50, 35.50, 46.—, 51.— bis 70.—

Windjacken 15⁷⁵
M. 18.—, 25.—, 29.—

Herren-Sport-Anzug 48⁰⁰
Phantasie . . . M.
M. 51.—, 65.50, 77.50, 87.— bis 110.—

Herren-Sport-Anzug 37⁰⁰
aus Loden . . . M.
M. 45.—, 48.—, 49.—, 55.—

Breccheshosen 19⁵⁰
aus Cord- und Phantastoffen . M.
M. 22.—, 23.—, 25.— bis 33.50

Loden-Mäntel 32⁵⁰
für Herren und Damen . . . M.
M. 37.—, 39.—, 45.—, 48.—, 52.— bis 60.—

Esders & Dyckhoff

GERTRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE

Reklame-Verkauf

von Sonnabend, dem 24. Mai, bis Sonnabend, dem 31. Mai ds. J.

Nur soweit Vorrat vorhanden!

Mengenabgabe vorbehalten!

Herren-Sakko-Anzug 33⁰⁰
einzel. Form aus gemusterten Stoffen

Herren-Sakko-Anzug 46⁰⁰
einzel. aus halb. mod. gemust. Stoffen

Herren-Sakko-Anzug 59⁰⁰
ein- und zweifelh. gute Qual. hell u. dunkel, feine Streifen

Herren-Sakko-Anzug 76⁰⁰
erprobte Qual., mod. Form und Muster

Herren-Sakko-Anzug 93⁰⁰
bewährte Stoffe, Muster und Verarbeit., als Ersatz für Maß zu tragen

4teilig. Sport-Anzug 69⁰⁰
mit langer und Breches-Hose, guter Stoff in schönen Mustern

Herren-Sport-Anzug 49⁰⁰
schön gemusterte Stoffe, flotte Form, mit Breches-Hose

Mand. Sport-Anzug 46⁰⁰
für Herren, mit Breches, Joppe ganz gefüttert

Bozener Mantel 24⁰⁰
für Herren, Strichloden, imprägniert

Herr.-Gummi-Mant. 18⁰⁰
genüht u. geklebt, mod. weite Form

Windjacken 13⁵⁰
aus imprägnierten Stoffen, verschied. Formen und Farben

Sport-Breches-Hose 8⁵⁰
für Herren aus gut gemustert. Stoffen mit Doppelgeß

Sport-Breches-Hose 13⁵⁰
für Herren aus Mandueter, m. Doppelgeß, verschiedene Farben

Herr.-Loden-Joppen 11⁵⁰
flotte Sportformen

Sport-Westen für Herren 4⁷⁵
in schönen Farben

Jüngl.-Sakko-Anzug 39⁰⁰
aus schön gemustert. halbbaren Stoffen

Knaben-Stoff-Anzug 9⁷⁵
hübsche Muster und Formen, Größe 1 Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Knaben-Sport-Anzug 16⁰⁰
moderne Stoffe und Fassons, Größe 3 Jede weitere Größe 1.00 mehr

Knab.-Wasch-Anzug 7⁰⁰
Einsteckform, Größe 9 Jede weitere Größe 50 Pf. mehr

Knab.-Zephir-Sport- 2⁶⁰
hemd, verschied. Farben, 60 cm lang

Herren-Hosen 3⁹⁰
viele Streifenmuster, gute Verarbeitung

Herren-Hosen 7⁵⁰
Feinste Streifenmuster, mit Gesäßtasche

Herren-Hosen 13⁵⁰
Elegante Ausmusterung, beste Verarbeitung und Sitz

Herr.-Lüster-Sakkos 9⁷⁵
blau und schwarz

Schulze & Fabisch Co.



Hauptstr. 10 Brückenstr. 11

Gr. Frankfurterstr. 11

Rosenthaler Strasse 3

Wenn Sie Ihren Bedarf in Baumwollwaren zu Engrospreisen viel Geld.

Jedes gewünschte Maß wird geschnitten.

Gerstenkornhandtücher, 45 cm breit, per Meter	68 Pf.
Damasthandtuch, abgepaßt, gebrauchsfertig, 50 x 110	95 Pf.
Damasthandtuch, Halbteufel, abgep., gebrauchsfertig, 45 x 100	125 Pf.
Servietten, halbleinen, Damast, 60 x 60	175 Pf.
Tischtücher, halbleinen, Damast, 130 x 130	95 Pf.
Tischtücher, 130 x 160	505 Pf.
Tischtücher, 130 x 225	625 Pf.
Hemdtauch, ohne Appretur, 1a Qualität, 80 cm breit	78 Pf.
Hemdtauch, starkfädig, gute Ware, 80 cm breit	88 Pf.
Renforcé, feinlädig für Damenwäsche, 80 cm breit	90 Pf.
Linon für Bettwäsche geeignet, 80 cm breit	95 Pf.
Damast für Bezüge oder gestreift Bettzeug, 80 cm breit	195 Pf.
Damast, 120 cm breit	275 Pf.
Lakenstoff, 1a Qualität, 140 cm breit	210 Pf.
Lakenstoff, 130 cm breit	240 Pf.
Zephe für Sportheimen und Blusen, 1a Qual., 70 cm breit	85 Pf.
Zephe für Herren-Oberhemden, 85 cm breit	105 Pf.
Perkal für Herren-Oberhemden-Blusen, 80 cm breit	115 Pf.
Perkal für dto., moderne Streifen, 80 cm breit	125 Pf.
Julett für Kopfkissen, 80 cm breit	180 Pf.
Julett, 1a feinfädig, 80 cm breit	175 Pf.
Julett für Bezüge, 130 cm breit	275 Pf.
Drell für Unterbetten, extra Qualität, 115 cm breit	275 Pf.
Drell, waschecht, 80 cm breit	95 Pf.
Züchen, 1a Herrenhüter, 80 cm breit	125 Pf.
Züchen für Bettbezüge, 130 cm breit	225 Pf.
Schürzenstoffe, gestreift, 90 cm breit	125 Pf.
Schürzdecken, weiß, Körper, 1a Qualität, 140 x 190	475 Pf.

I. Klopstock Söhne, Baumwollwaren, Gegr. 1892, Berlin C, Kaiser-Wilhelm-Str. 58. Gegr. 1892.

Wiederaufbau

des jahrelang unterernährten Körpers kann nur gelingen, wenn jede Möglichkeit, die tägliche Nahrungszufuhr gehaltvoller zu gestalten, wahrgenommen wird. Weite Schichten genießen noch gedankenlos ein Hausgetränk, das nicht nährt, sondern zehrt. Für dasselbe Geld und weniger können sie ihrem Körper einen belebenden Krafttrunk von edelstem Wohlgeschmack und darin eine besonders nährstoffreiche Eiweißart zuführen. Die erstaunliche Einwirkung der regelmäßigen Tasse Reichardtkaos auf Wohlgefühl und Leistungsfähigkeit muß man einige Wochen hindurch selbst erproben haben, um sie zu glauben. Reichardtkaos zeichnet sich durch edelstes natürliches Kakaoaroma, hohen Eiweißgehalt, stärkste Geschmackskraft, feinste Verarbeitung und demzufolge größte Ergiebigkeit aus. Man erhält ihn wieder zu Vorkriegspreisen in allen durch Schilder und Plakate mit dem Namenszug Reichardt kenntlichen Geschäften.

PELL-AUFBEWAHRUNG

einschl. Pflege u. Versicherung gegen Moftenschaden

KOSTENLOSE ABHOLUNG

MAASSEN

542. ORANIENSTR. 165 - W8. LEIPZIGER STR. 42

Verkäufe

Rähmaschinen extra billige Preise. Fabrik neuer Maschinen erstklassiger Qualität. Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit voller Garantie. Eigene Reparaturwerkstatt. Näheres: Fabrikstraße 103.

Bekleidungsstücke. Wäsche usw.

Silber, Gold, Schmuck, Uhren, Porzellan, Kunststoffe, Glas, Leder, Stoffe, etc.

KLEINE ANZEIGEN

in der Gesamt-Auflage des Vorwärts sind besonders billig und haben große Wirkung!

Sehhaus Friedrichstraße 2. Billigste...
Sehhaus Rosenthalerstr. Billigste...
Sehhaus... Billigste...

Reichardtkaos. Billigste...
Reichardtkaos. Billigste...
Reichardtkaos. Billigste...

Reichardtkaos. Billigste...
Reichardtkaos. Billigste...
Reichardtkaos. Billigste...

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Partei Genosse sucht Stellung als Akquisiteur.

Stellengesuche

Stellengesuche...

Stellengesuche

Stellengesuche...

Deutscher Arbeiter-Theater-Bund

Wir suchen zum Antritt per 1. Juli 1921 einen

Sekretär

Bedingungen: Aktive, rednerische Fähigkeiten, Kenntnisse der proletarischen Theaterbewegung, Übernahme der Redaktion. Bewerbungen sind mit kurzem Lebenslauf an Alfred Jahn, Leipzig, Eisenstraße 30, mit der Aufschrift 'Bewerbung' bis 6. Juni einzusenden. Die Anstellungscommission.

la. Krenelithographen

für Filmplakate

Es wollen sich nur Herren melden, welche auf diesem Spezialgebiet ganz hervorragendes leisten

Tillmann & Co., Berlin

Brandenburger Str. 33 3545b